Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1923

108 (14.9.1923)

Visual Library

Erscheint
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Austräger ohne Bestellgeld
15.—30. Sept. 2 000 000 Mk. freibleibend.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/28—5 Uhr, Sonntags geschlossen.
Fernsprechanschluß Nr. 11.
Postscheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung
Gegründet 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal
Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 4 Gold-Pfg.
Familien-Anzeigen 3 Gold-Pfg.
Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 12 Gold-Pfg.
Anzeigen mit Deckadresse oder Auskunft 10 Gold-Pfg. Sondervergütung. Alle Preise freibleibend.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs erlischt.
Platzvorschriften werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wollen am Tage vorher aufgegeben werden.

№ 108. Freitag, den 14. September 1923. 84. Jahrgang

„Offenheit ist besser als Illusion."

Heranziehung des Privatbesitzes zur Reparation.

Frankreich sofort im Besitz größerer Zahlungen. — Damit auch der passive Widerstand erledigt, wenn Deutschland die geforderten Sicherheiten erhält.

Berlin, 12. Sept. In der **Presseabteilung der Reichsregierung** fand heute abend auf Einladung ihres Leiters ein **Empfang der Presse statt**, zu dem der Reichskanzler, die Reichsminister und eine größere Anzahl hervorragender Regierungspersönlichkeiten erschienen waren. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten Kalle ergriff der

Reichskanzler Dr. Stresemann

das Wort zu einer längeren Rede. Nachdem der Kanzler eine Darstellung der Wirtschafts- und Finanzlage gegeben hatte und insbesondere auf die Maßnahmen zu sprechen gekommen war, die getroffen worden sind, um dem Währungsverfall entgegenzutreten, fuhr er fort:

Aber auch diese Mittel, sowohl Behebung des Verfalls der Währung, wie die Einrichtung einer Goldnotenbank, bringen diese Frage nicht zur Heilung. **Offenheit ist besser als Illusion**, und deshalb wollen wir es offen aussprechen:

Ohne Lösung des außenpolitischen Konfliktes ist die Finanzlage nicht in Ordnung zu bringen, der Verfall der Mark nicht aufzuhalten, eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen. Die Regierung hat vom ersten Tage ihres Amtsantritts an sich **die Lösung des Ruhrkonflikts zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch die Fortsetzung des passiven Widerstandes erfolgen konnte. Machtpolitisch**, wie ein führendes reichshauptstädtisches Blatt es darstellt, war diese Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno hat, wie er wiederholt versicherte, niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage erst nach Räumung des Ruhrgebietes erfolgen sollten. **Das Ziel des passiven Widerstandes konnte nur sein, das Industriegebiet zu befreien.**

Eine interessante historische Parallele hat Kronprinz Rupprecht in München anläßlich einer Zusammenkunft eines dortigen Offiziersverbandes gezogen. Mit vollem Recht betonte er, daß **Selbstvertrauen nicht Selbstüberhebung** sein dürfe. Er erinnerte daran, daß Friedrich der Große sich die Maxime Richelieus zur Richtschnur gemacht habe, daß dem Kriege zur Seite stets Verhandlungen mit dem Feinde laufen müßten, ebenso wie er den Ausspruch des großen Preußenkönigs zitierte: Bei widrigem Wind muß man die Segel reffen.

Von demselben Gesichtspunkt ausgehend, hat die Regierung gehandelt. Sie würde sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie den Ruhrkonflikt sobald als möglich abkürzen könnte. Aber die bisherige Fühlungnahme zeigt zugleich die bestehenden Schwierigkeiten. **Für uns ist entscheidend die Frage der Souveränität über das Rheinland und die Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes.** Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben.

Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgeführt, er zöge die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand habe, den schönsten theoretischen Rechten vor, er beabsichtige nicht die Pfänder gegen allgemeine Garantien umzutauschen, und er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte, zu den Hypotheken gehörten, welche der Versailler Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches und der Länder gebe.

Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag haftet für die Verbindlichkeit in Deutschland das Vermögen des Reiches und der Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betraf die **unmittelbare Heranziehung des privaten Besitzes und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus.** Ebenso ist aber diese Heranziehung des privaten Besitzes ein realisierbares Pfand, während die Sicherheiten des Versailles Vertrages dies zurzeit nicht sind. Wenn auf Reichsbesitz und Privatbesitz der Wirtschaft als Pfandrecht an erster Stelle Hypotheken zugunsten des Reiches eingetragen werden, und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so könnten diese Hypotheken **als ein reales und mobiles Wertobjekt in eine Treuhandgesellschaft eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten.** Die Zinsen aus den Hypotheken würden der Treuhandgesellschaft zufließen, diese wäre in der Lage, aufgrund der Hypotheken und der Zinsenerträgnisse durch Angabe von Obligationen Anleihen aufzunehmen.

Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu setzen, ebenso wie die Zinszahlungen in angemessener Zeit fließend zu machen wären. Eine derartige Leistung ist sicherlich kein theoretisches Recht und **keine allgemeine Garantie, sondern eine reale Tatsache; sie ist frei von jeder Zweideutigkeit**, sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, wodurch die von französischer Seite aufgestellte Forderung für die Räumung des Ruhrgebietes erfüllt wäre. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die **Wiederverfügung Deutschlands über das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland.** Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen, wenn man uns die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das **Ruhrgebiet geräumt wird und im Rheinland die alten Rechte wieder hergestellt werden.**

Gibt man uns die Sicherheit, daß Jeder, der Rhein und Ruhr seine Heimat nennt, frei der Heimat wieder gegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große einst blühende Wirtschaftsgebiet seiner alten Arbeitsfreudigkeit wieder zurückzugeben.

Ich hoffe auf die Möglichkeit einer solchen Regelung. Frankreich hat durch den Ministerpräsidenten wiederholt erklärt, daß es keine Annexionen beabsichtigt; daß es nicht an der Ruhr zu bleiben gedenkt. England befindet sich mit dieser Auffassung sicherlich in Uebereinstimmung, Belgien würde die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sicherlich begrüßen und wir sind davon überzeugt, daß auch die Auffassung Italiens sich in derselben Richtung bewegen wird. Für uns ist die Frage ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugemutete Belastung wird tragen können. Wir wissen, in welcher schweren Zeit wir uns befinden. Aber ich darf mit Genugtuung darauf hinweisen, daß dem **gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten worden sind in der Höhe, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird.**

Wenn es um die Entscheidung geht zwischen Freiheit des Landes oder Besitz des Einzelnen, so müssen wir hoffen, daß die ganze Wirtschaft sich nicht niedriger einschätzt als jene ost-

preußische Landschaft, die einst durch Hingabe ihres Besitzes als Pfand für den Staat Preußen die Abtragung einer großen Kriegsentschädigung ermöglichte und die 100 Jahre gebraucht hat, um diese Verbindlichkeiten zu amortisieren, dafür aber auch ein leuchtendes Beispiel vaterländischer Pflichterfüllung gegeben hat. In der von mir vorhin, erwähnten Rede des Kronprinzen Rupprecht findet sich der gute Satz:

Es handelt sich jetzt nicht um dynastische Fragen, es handelt sich um die Existenz von Reich und Land; es handelt sich darüber hinaus auch nich um Fragen der Parteipolitik, um Einzelinteressen von Berufsständen, sondern um das **Leben und Sterben des deutschen Volkes.** Irgend eine Verständigung ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt. Ob sie möglich ist, ist eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkt aus beantworten kann. Jedenfalls ist sie notwendig. Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der einst nach dem Kriege 1870/71 die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind und hat mir empfohlen, die Korrespondenz von Thiers und dem Grafen Saint Vallier mit dem Generalfeldmarschall von Manteuffel nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber dem Frankreich der Gegenwart zu ziehen.

Mir ist die Korrespondenz wohl bekannt und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz davon zeugt, daß Deutschland als okkupierende Macht nach einem gewonnenen Krieg sich sehr wohl bewußt war, daß ein friedliches Nebeneinanderwohnen von Nationen auch die Schonung berechtigter Empfindlichkeiten im Verkehr der Nationen in sich trägt. Graf Saint Vallier schreibt dem Ministerpräsidenten Thiers unter dem 2. März 1873, daß er mehr als jemals die Art und Weise des deutschen kommandierenden Generals Frankreich gegenüber loben müsse, der ihm von seiner Gesinnung mehr als eine Probe gegeben habe und der unter starkem Druck seine Truppen trotz gewisser Widerstände in Barackenlagern untergebracht hätte, um die französische Bevölkerung zu schonen. Dem deutschen Generalfeldmarschall gebührt, wie Graf Saint Vallier in einem anderen Briefe vom 23. September 1873 versichert, eine Seite aufrichtiger Dankbarkeit in den französischen Analen. Die Art der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem furchtbaren Kriege tritt vielleicht noch mehr als in diesem Briefwechsel in den Memoiren des ersten Botschafters der französischen Republik in Berlin, de Gontant Biron, zutage, der fortgesetzt in der Lage ist, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemühte, der Periode des Krieges die Aera des Friedens folgen zu lassen. Bei der Amtsaudienz des französischen Botschafters beim deutschen Kronprinzen fiel die Aeußerung: „Glücklicherweise ist der Krieg zu Ende. Jetzt gilt es, den Frieden zu erhalten." Man will den Frieden, so klingt es aus den Berichten des Botschafters nach Paris wieder, und von dem Fürsten Bismarck sagt Thiers in einem Brief an den französischen Botschafter mit Recht, daß **große Geister stets ein gewisses Maß von Gerechtigkeit besitzen**, das bei gebotener Gelegenheit zutage tritt.

Und wenige Tage darauf setzt er diesen Gedanken über die damalige Politik des deutschen Reichskanzlers fort mit den Worten: „Danken Sie Herrn von Bismarck, da er auf unsere Wünsche eingegangen ist." Um zu tun, was er getan, mußte man den Preis im Auge haben, und dieser Preis ist errungen worden. Er besteht in der wesentlichen Beschwichtigung der nationalen Leidenschaften als der besten Garantie für den Frieden.

Und ein letztes Zitat aus jener Zeit: Am 20. März 1873 schrieb der französische Außenminister de Remuset an seinen Botschafter in Berlin: „Wir werden nun, soweit wie möglich, in unseren alltäglichen Beziehungen mit Preußen etwas Ruhe eintreten lassen, und beweisen, was wir immer ausgesprochen haben, daß die **Räumung des Gebietes erst den Frieden vollenden und befestigen werde.**

Die Okkupation ist, solange sie dauert, ein Bild des Krieges." Wenn heute unter anderen Verhältnissen Deutschland, das bereit ist, die Folgerungen aus einem verlorenen Krieg auf sich zu nehmen, dem Frankreich der Gegenwart gegenüber steht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hände heute mehr als je das Geschick Frankreichs liegt und von denen die Ruhe und die Befriedigung Europas abhängt, sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen mögen, daß es **auch jetzt gilt, den Frieden zu vollenden und den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit**, die geeignet ist, nationale Leidenschaften zu beschwichtigen und damit die Garantie für einen wahren Frieden zu geben. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Obligationen auf die deutsche Wirtschaft.

Das Organ der Reichsregierung „Die Zeit" erläutert die Bedeutung der Kanzlerrede. Das offiziöse Blatt charakterisiert zunächst die Kanzlerrede als die Antwort auf die letzte Poincaresche Rede und sagt: Der Reichskanzler schlage vor, auf sicheren Pfändern begründete Obligationen zu schaffen, die die Aufbringung von Entschädigungszahlungen rasch und mit aller Bestimmtheit verbürge. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Wirtschaft bereit sein wird, auch diese Belastung auf sich zu nehmen, da ihre Träger selbst am besten wissen, daß der Bestand des Reiches und die Grundlage jeder deutschen Wirtschaft aufs Spiel gesetzt sind, wenn die deutsche Wirtschaft bei diesem Rettungsversuch versagen würde. Auf der anderen Seite bietet der Vorschlag in jeder Hinsicht die Möglichkeit, das, was der französische Ministerpräsident durch die sogenannte Pfandergreifung an der Ruhr erzielen will, mit dem zu vereinbaren, was Deutschland unter Aufbietung aller seiner Kräfte leisten kann und leisten will.

Es wird nach dieser Kanzlerrede weder im Inlande noch im Auslande der allergeringste Zweifel daran bestehen können, daß auch unter Aufrechterhaltung der französischen Entschädigungsansprüche eine Verständigung auf dieser Grundlage möglich ist, wenn es dem französischen Ministerpräsidenten überhaupt auf das Ziel ankommt, das er mit seinen rednerischen Ausführungen verfochten hat, nämlich auf eine finanzielle Befriedigung der französischen Entschädigungsansprüche. Poincare wird jetzt ganz klar darüber Rede und Antwort stehen müssen, ob er wirklich zu seinen Worten steht, oder ob ihm nicht bei allem seinem Tun und Lassen die Absicht maßgebend ist, seine Hand auf deutsches Land zu legen und das deutsche Reichsgebäude zu zertrümmern. Die Vorschläge, die jetzt die deutsche Regierung macht, sind wahrscheinlich das letzte Mittel, das uns zur Verfügung steht, den Ruhrkonflikt auf dem Wege der Verständigung zu lösen. Schlägt der französische Ministerpräsident auch dieses Mittel aus, so beweist er damit ein für allemal, daß ihm an einer finanziellen und wirtschaftlichen Lösung überhaupt nichts gelegen ist. Dann trägt er aber auch die Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen, die aus dieser Haltung erwachsen müssen und die nicht nur Deutschland, sondern in ihrer unmittelbaren Auswirkung ganz sicher auch Frankreich und die gesamte Welt treffen werden.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 13. Sept. Die meisten Morgenblätter beschränken sich auf kurze Kommentare zur Rede des Reichskanzlers und behalten sich eine ausführliche Besprechung vor. Das B. T. meint, man müsse **abwarten**, ob durch die bedeutsame Kundgebung die Unterhaltung zwischen Paris und Berlin einen wesentlichen Schritt weitergeführt sein wird. Eine Grundlage für weitere Schritte sei, wenn man in Paris nur einigermaßen die Verständigung wolle, jedenfalls gegeben. Der **Vorwärts** schreibt: Die Haltung der Reichsregierung in der Ruhr- und Reparationsfrage wird, abgesehen von kleinen Splittern ganz rechts und ganz links, von dem gesamten deutschen Volk gebilligt und unterstützt werden. Die Reichsregierung sei auf dem rechten Wege und wenn auf der anderen Seite ein wenig Einsicht, auf der unseren ein wenig Geduld vorhanden sei, dann sei auch wieder etwas Hoffnung erlaubt. Der **deutschnationale Tag** behält sich eine Diskussion über die gewählten diplomatischen Mittel

der Regierung vor, äußert aber Besorgnisse darüber, daß sich die umgeformte Methodik eines grundsätzlich aufrechterhaltenen passiven Widerstandes in der politischen Praxis auswirken könnte. Während die **Deutsche Zeitung** „nicht genau weiß, was Stresemann eigentlich will", billigt die Deutsche Tageszeitung grundsätzlich die Ausführungen des Kanzlers zum Arbeitsproblem. Sie hegt aber die Sorge, daß in der Währungsfrage eine höchst gefährliche Halbheit im Werke sei. Größte Bedenken erregt dem Blatt der Optimismus des Reichskanzlers hinsichtlich der materiellen Opfer, die die deutsche Wirtschaft für Reparationszwecke bringen könnte. Die **Rote Fahne** erhebt natürlich wieder die Forderung auf „Erfassung der Sachwerte", statt der vom Kanzler angekündigte „Belastung der Sachwerte", die letzten Endes Arbeiter, Angestellte usw. zahlen müßten.

Pariser Stimmungen.

Paris, 13. Septbr. Am Quai d'Orsay wurde gestern abend besonders betont, die **weitere Entwicklung** der Beziehungen zu Deutschland hänge zum größten Teil von Deutschlands Haltung ab. Man erwarte mit gewisser Spannung die gestrige Rede Stresemanns. Die Entspannung würde erleichtert werden, wenn die deutsche Regierung durch bestimmte Handlungen, wie z. B. durch Ernennung eines Botschafters in Paris ihren Verständigungswillen betätigte. Der Brüsseler Berichterstatter des Temps meldet, in amtlichen belgischen Kreisen beurteile man die Aussichten für eine Verständigung mit Deutschland mit einem **gewissen Optimismus.** Man sei in Brüssel der Ansicht, daß Deutschland auf die eine oder andere Weise seinen guten Willen durch Taten beweisen müsse und bezeichnet als eine Möglichkeit solcher Art die eventuell spontane Wiederaufnahme der Kohlenlieferungen. Das Journal des Debats will wissen, die deutsche Regierung habe vor mehreren Tagen durch Vermittlung des französischen Botschafters in Berlin eine **schriftliche Darlegung ihres Standpunktes** nach Paris gelangen lassen. Darauf habe der französische Botschafter präzise Instruktionen für seine Unterhaltungen mit dem Reichskanzler erhalten. Neben diesen Unterhaltungen hätten Besprechungen zwischen anderen deutschen und französischen Persönlichkeiten stattgefunden. Ueber die Aussichten dieser Fühlungnahme könne zur Zeit nur gesagt werden, daß sie nicht ungünstig zu sein scheinen. Ihr Erfolg würde beschleunigt, wenn der Reichskanzler seinen guten Willen durch positive Tatsachen unwiderleglich bestätigt. Stresemann werde als Realpolitiker vollkommenes Verständnis dafür haben, daß Frankreich auf solchem Beweis besteht. Der Temps versucht im Leitartikel nachzuweisen, daß die besitzenden Leute in Deutschland, nämlich **Landwirtschaft und Industrielle** bemüht seien, die Reste des Vaterlandes unter sich zu teilen. Das Blatt kommt zu dem Schluß, die deutsche Regierung könnte unter diesen Umständen nicht verlangen, daß die Gläubiger Deutschlands Vertrauen haben und nichtleitende Teilhaber der deutschen Industriellen werden, die ihre eigene Regierung so schlecht behandeln. Der Temps betont, es entspreche bei dieser Haltung der deutschen Wirtschaftskreise ebensowenig den Interessen der Reichsregierung und denen des deutschen Volkes, wie den Interessen der Gläubiger Deutschlands, das der Mißerfolg der Widerstandspolitik irgendwie verschleiert wird. Der Figaro schreibt zu der gestrigen Reichskanzlerrede: Stresemann hat wahrscheinlich am Bezahlen der deutschen Schuld **nicht mehr Geschmack als der Reichskanzler Cuno.** Aber die Lage hat sich geändert. Das Verfahren des Reichskanzlers besteht darin, das Problem umzukehren und den Alliierten zu erklären: Wir gehen noch über den Versailler Vertrag hinaus; Wir bieten euch nicht allein eine Garantie auf der Grundlage des Staatsbesitzes, sondern des Privateigentums an. Die deutsche Wirtschaft ist damit einverstanden. Das Blatt sagt: Das Pfand ist gut, mit ihm ist es möglich, Beträge zu erlangen, die es gestatten, Frankreich zu befriedigen. Der Vorschlag ist verlockend. Aber Stresemann fügt hinzu: **Das ist nur möglich** unter der Bedingung, daß man uns zunächst das **Ruhrgebiet und das Rheinland wiedergibt.** Das ist der ewige Kehrreim des deutschen Kanzlers. Für jedes Zugeständnis, das Deutschland macht, sucht es eine entsprechende Konzession abzupressen. Poincare sagt: „Bezahlt und wir räumen das Ruhrgebiet!" Stresemann erklärt: „Räumt das Ruhrgebiet, damit wir bezahlen können!"

London, 13. Sept. Die Rede Dr. Stresemanns wird in der Londoner Presse **vorläufig nicht besprochen.** Die Blätter veröffentlichen eingehende Berichte über die Lage in Deutschland, vermeiden jedoch jede Stellungnahme und ebenso schweigsam sind auch die Regierungskreise. Von halbamtlicher Seite wird lediglich betont, daß das von Paris aus verbreitete Gerücht, wonach die englische Regierung in Berlin Sonderverhandlungen mit Paris geraten haben soll, unzutreffend sei. Das Kabinett Baldwin habe immer nur eine allgemeine Regelung zwischen allen beteiligten Mächten angestrebt. Es ist bezeichnend, daß diese Auffassung in London wieder in dem Augenblick bekannt wird, da über neue Schwierigkeiten zwischen Berlin und Paris berichtet wird. Im übrigen wäre es verfehlt, diesen und ähnlichen Aeußerungen der Londoner Regierungsblätter im Augenblick irgend welche Bedeutung beizumessen. Wahrheit ist, daß es eine **englische Politik in Bezug auf Deutschland gegenwärtig überhaupt nicht gibt.** Erst wenn die erwartete Unterredung Baldwins mit Poincare stattgefunden und das Londoner Kabinett über das Ergebnis der letzten Verhandlungen beraten hat, wird die englische Regierung neue Beschlüsse fassen, die im übrigen an ihrer passiven Haltung sicher nichts ändern werden.

England begrüßt die deutsch-französische Unterhaltung.

London, 13. Sept. Die Pariser Berichterstatter der englischen Blätter melden, daß Baldwin am 21. September auf der Rückreise nach London in Paris eine Unterredung mit Poincare haben wird, in der die Ruhrfrage und die kritische Lage auf dem Balkan eingehend erörtert werden soll. Der Berichterstatter der Times betont, daß es in französischen amtlichen Kreisen geradezu verletzend erscheinen würde, wenn Baldwin angesichts der veränderten Lage im Ruhrkonflikt es unterlassen sollte, sich mit Poincare auszusprechen. Gegenüber unzutreffenden, wahrscheinlich aus deutschen Quellen, die dem neuen Reichskanzler feindlich gesinnt sind, stammenden Nachrichten in Londoner Blättern, wonach die englische Regierung die diekte Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nicht gerne sehe und wie diese Blätter behaupten, kein englischer Rat an Berlin gegeben worden sei, daß Deutschland sich mit Frankreich über den Ruhrkonflikt verständigen solle, wird von gut unterrichteter englischer Seite darauf hingewiesen, daß Baldwin bereits in dem Entwurf seiner Antwortnote an Deutschland im Juli der deutschen Regierung nahegelegt habe, den passiven Widerstand abzubauen, sobald Frankreich bereit sei, in sachliche Verhandlungen über die Reparationsfrage einzutreten. Da jetzt offenbar auf französischer Seite das Bestreben vorhanden sei, sich in einem sachlicheren Geiste mit den Vorschlägen der neuen deutschen Regierung auseinanderzusetzen, könne man von englischer Seite nur jenen klug überlegten diplomatischen **Schritt des deutschen Reichskanzlers begrüßen,** der geeignet sei, die französisch-deutschen Beziehungen zu entspannen. Da Frankreich die Versicherung gegeben habe, ohne Fühlungnahme mit England keine endgültige Vereinbarung mit Deutschland zu treffen, verfolge man in London den deutsch-französischen Meinungsaustausch in der Form der Ministerreden mit **wohlwollendem Interesse und ohne jedes Mißtrauen.** Die heutige Londoner Morgenpresse gibt die Rede Dr. Stresemanns mit freundlichen Ueberschriften ausführlich wieder, sie enthält sich aber jeden Kommentars, offenbar in der Absicht, erst den Eindruck in Paris festzustellen.

Berliner Vorschlagsskizzen übermittelt.

Berlin, 12. Sept. Infolge der außenpolitischen Aktivität der Reichsregierung ist dem „Vorwärts" zufolge das Stadium der Fühler überstanden und es konnte inzwischen mit einer **sachlichen Diskussion über die Möglichkeiten einer Verständigung begonnen werden.** An diesen Besprechungen nahmen der Kanzler, der Reichsfinanz- und der Reichswirtschaftsminister teil, von französischer Seite nicht im direkten Auftrag Poincares, aber zweifellos auch nicht ohne sein Wissen, **Mitglieder der französischen Botschaft** in Berlin, darunter zeitweise auch der Botschafter. Im Verlauf der Besprechungen soll der Kanzler die Auffassung der Regierung über die Möglichkeiten einer Verständigung wiederholt zum Ausdruck gebracht haben. Bestimmte Formen haben die von der Regierung in Aussicht genommenen Lösungsmöglichkeiten noch nicht angenommen; sie sind nur skizziert. Am Samstag abend ist eine hervorragende französische Persönlichkeit nach Kenntnisnahme dieser Skizzen nach Paris abgereist, um dort Bericht zu erstatten und Instruktionen zu holen.

Welche Haltung wird England einnehmen?

London, 12. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, die britische Regierung werde sehr bald zu entscheiden haben, welche Politik sie verfolgen wolle, falls der passive Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt und **französisch-deutsche Verhandlungen eingeleitet werden.** Es schienen drei Alternativen zu bestehen:

1. Großbritannien könne auf einer allgemeinen Regelung zwischen den Alliierten und Deutschland bestehen;
2. könne es direkt und separat mit Deutschland über seinen eigenen Reparationsanteil verhandeln und zugleich seine Forderungen mit Bezug auf die alliierten Schulden aufrechterhalten;
3. es könne zu der Politik der Isolierung zurückkehren, auf Reparationen verzichten, aber auf volle Bezahlung der alliierten Schulden bestehen.

England auf der Wacht.

London, 12. Sept. Obwohl die amtlichen Auslassungen in Berlin und Paris noch keinerlei Anzeichen für die Bereitschaft Deutschlands geben, den passiven Widerstand aufzugeben, wie man nach den letzten Presse-Informationen aus Berlin eigentlich hätte annehmen können, so werden diese Nachrichten trotzdem in England mit Befriedigung aufgenommen. Man verlangt hier nunmehr von der Regierung Baldwin, daß sie auf der Wacht bleibe, damit nicht die englischen Ansprüche durch irgendwelche deutsch-französischen Abmachungen beeinträchtigt werden. Man glaubt, daß auf beiden Seiten jetzt der Wunsch rege geworden ist, eine Lösung des Ruhrproblems herbeizuführen. Deutschland hat sich zum wenigsten nach hiesiger Auffassung aus gewichtigen wirtschaftlichen und finanziellen Gründen dazu entschlossen. Wie eine von der Ansicht der englischen Regierung unterrichtete Persönlichkeit des Foreign Office gestern auseinandersetzte, ist die englische Regierung willens, Frankreich bis zu dem Punkte freie Hand zu lassen (!) an dem die Beratungen bis zum Kernpunkte, nämlich dem allgemeinen Reparationsproblem, gediehen sein werden, mit anderen Worten: England ist bereit, Frankreich diplomatische und militärische Abmachungen treffen zu lassen, aber natürlich müssen diese Abmachungen dann auch zu einer praktischen Lösung des gesamten Reparationsproblems führen, an der auch England sich beteiligen muß.

Bayern und die Politik des Kanzlers.

Der ersehnte Augenblick aus dem Reich ausscheiden zu können.

München, 12. Sept. Die Münchener Neuesten Nachrichten beschäftigen sich heute mit den bayerischen Anregungen, soweit sie **die neuen Steuergesetze** betreffen, und **sprechen von Leichtsinn und Planlosigkeit,** mit denen man altbewährte Einrichtungen umstürze und einem verhängnisvollen Zentralismus die Zügel schießen lasse. Ein fundamentaler Grundsatz, die Berechnung der Steuern durch die Behörde selbst, sei verletzt worden. Der Staatsbürger müsse sehen, daß trotz der wachsenden Zahl der Beamten die Arbeit für die Behörden eigentlich von ihm selber geleistet werden müsse. Den Ländern und Gemeinden habe man die Steuerhoheit mit einem Federstrich weggenommen. Das Blatt beklagt das Schwinden des Verantwortlichkeitsgefühls, das einst im Steuerwesen eine so große Rolle gespielt habe, erkennt aber an, daß der Kanzler schon in Mittenwald Erfüllung der berechtigten Wünsche namentlich in Bezug auf die Steuerhoheit der Länder und Gemeinden versprochen habe. Mit der Politik des Kanzlers beschäftigt sich heute auch die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz. Nach ihr ist Stresemann entweder ein Illusionist, was sie nicht glauben wolle, oder aber er halte es für ein zweckmäßiges außenpolitisches Mittel, Illusionen im Volke zu verbreiten, was sie für ein großes Unglück halte. Im Anschluß an eine Mitteilung der Königsberger Hartungschen Zeitung, wonach in Form eines Vier-Männer-Kollegiums eine Reichsdiktatur eingesetzt werden soll (Stresemann, Hilferding, Hirsch und Wirth) erklärt die Augsburger Postzeitung, daß Bayern mit der Einsetzung einer Diktatur vor eine ganz neue und überaus ernste Situation gestellt werde und ein Staatsstreich im Norden eine Lage schaffen wüde, die auch in Bayern die Ergreifung außerordentlicher Maßnahmen notwendig machen müßte. Das ist in neuer Form die alte Drohung: Wenn in Preußen der Linksradikalismus siegt und wenn das Kabinett Stresemann, das letzte verfassungsmäßige Kabinett, gehen muß, **so hat Bayern damit seine Selbständigkeit wiedergewonnen und geht aus dem Reiche.**

Hie Bayern-Wittelsbach — hie Zollern-Deutschland.

Intimes aus Bayern.

Von einer politischen Persönlichkeit in Bayern wird der Frankf. Ztg. u. a. geschrieben:

Das Fernbleiben Ludendorffs von der Münchener Festtagung des Landesverbandes Bayern im Nationalverband Deutscher Offiziere und die ziemlich unverhüllten Ausfälle, die der frühere bayerische Kronprinz bei dieser Tagung gegen Ludendorff gerichtet hat, haben in der Oeffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregt. In der Tat offenbaren diese Auseinandersetzungen einen Gegensatz im Lager der sog. nationalen, d. h. antirepublikanischen Kreise, der für das Schicksal des Staates von Bedeutung werden kann. Es ist der Gegensatz zwischen katholisch-wittelsbachisch-separatistisch und zwischen protestantisch-hohenzollerisch-großdeutsch. Rupprecht ist weniger der aktive Vertreter als der erwählte Prätendent der einen, Ludendorff der Vertreter der anderen Richtung. Beide Richtungen stehen **dem heutigen Staate in absoluter Feindschaft gegenüber.** Beide Richtungen mar-

---

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

14) Nachdruck verboten.

„Das scheint mir allerdings richtig. Und wenn ich ehrlich sein soll, sein ganzes Auftreten heute vormittag in den „Drei Hasen" machte nicht den Eindruck, als ob er eine schwere Schuld auf der Seele hätte."

„Ich weiß doch nicht, lieber Kollege, ob Sie sich da nicht täuschen. Eine so offen zur Schau getragene laute Lustigkeit braucht nicht immer echt zu sein. Aber abgesehen davon, ich kann mich nur schwer entschließen, an das Kattenhausener Geklätsch zu glauben."

„Du hast ja immer eine Faible für den Oberförster gehabt."

„Ein Faible ist vielleicht ein bißchen zu viel gesagt, Erna, aber daß mir solche Kraftnaturen nicht unsympathisch sind, gestehe ich gerne zu."

4. Kapitel.

Eine Woche war vergangen, seit Max in die Heimat zurückgekehrt war. Seit gestern hatte er den „Falken" verlassen und die eigene Wohnung bezogen. Damit hatte er eine gewisse Ruhe seines Herzens gewonnen, er fühlte sich von neuem bekannt in dem fremdgewordenen Kreise, und die von außen auf ihn einstürmenden Erinnerungen ließen allmählich nach. Er sah wieder seine alten Möbel um sich und seine Bücher. Der baldige Schulanfang zwang ihn zur Tätigkeit, und so legte sich allmählich die Berufsarbeit wie ein lindernder Balsam auf die frisch aufgerissenen Wunden.

Freilich, wenn er mit der Direktorin zusammen kam, was in dem kleinen Städtchen naturgemäß sehr häufig geschah, wurde von nichts anderem gesprochen, als von Molly. Die Jugendfreundin schien es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, wie sie früher die Beschützerin seiner Liebe gewesen, jetzt die alten Gefühle von neuem zu erwecken. Bald hatte sie dies, bald jenes flüchtig im Vorübergehen zu erzählen, sie habe Molly gesprochen, die auf den Besuch des Jugendfreundes brenne und eine Aussprache mit allen Schmerzen lang unterdrückter Neigung herbeisehne. Aber Max wich soviel als möglich aus und ließ sich trotz wiederholter freundlicher Einladungen Ritters nicht bewegen, nach dem Wolfgang zu gehen.

Zwar lebte in seinem Herzen ein heißer Drang, alle die Stätten seiner Jugendspiele, sein Geburtshaus, die Ruinen des alten Klosters, den träumerischen Wald und die rauschende Kinzig wiederzusehen, aber die Angst vor dem Gespenst der Jugendliebe zwang ihn, nicht nach jener Richtung zu gehen.

Nun begann die Schule. Max wurde herzlich aufgenommen vom Lehrerkollegium und ganz besonders warm von den älteren Kollegen, die ihn noch als Schüler gekannt hatten. Er lebte in ihrer Erinnerung als ein fleißiger, geistvoller Schüler, der durch seine Fragen und Arbeiten den Unterricht merkwürdig angeregt hatte.

Da war der alte Rückert, der als junger Hilfslehrer jene Sexta gehabt hatte, in die Max eingetreten, und der nach beinahe fünfundzwanzigjähriger Tätigkeit heute noch als erster Oberlehrer und Prorektor an der Schule wirkte.

Da war der kleine Mathematiker, der Max in Quarta die ersten geometrischen Gesetze beigebracht hatte, und der immer noch dieselbe verbogene goldene Brille mit den dicken Gläsern trug, über die seine blauen Augen jetzt noch viel mehr als früher in weltenweite Fernen zu starren schienen. Er war der Mann der großen kosmischen Probleme, der Naturforscher im höchsten Sinne des Wortes. Längst nicht mehr bearbeitete er Winkel und Linien in Quarta und Tertia, sondern er führte die Primaner den hohen Flug mathematischer Weisheit durch die Gesetze der Analytik und der Funktionen. Wenn auch der Direktor manchmal den Kopf schüttelte und mit warnendem Finger auf die Lehrpläne wies, so antwortete Dr. Dunker zunächst mit einem freundlichen liebenswürdigen Lächeln, dann besann er sich so lange, was er dem Direktor sagen wollte, daß er die ganze Warnung vergaß und von irgend etwas ganz Gleichgültigem, was die Schule gar nicht berührte, zu sprechen anfing. Der Direktor klopfte ihm dann wohlwollend auf die Schulder und beschied sich zu sagen:

„Mit euch Mathematikern ist eben nichts anzufangen."

Dann lächelte der kleine Mann noch freundlicher und die Sache war wieder einmal für ein Jahr abgetan. Er durfte wieder ungestraft mit seinen Primanern über die Lehrpläne hinausgehen und sich bis in die Geheimnisse der Differentialrechnung verlieren.

Das Provinzialschulkollegium war bei jedem neuen Examen erstaunt über die fabelhaften Leistungen der Kattenhausener Primaner in der Mathematik, bei denen selbst Schwächlinge gegen die Schüler anderer Anstalten exellierten. Und der Schulrat sagte öfter zu dem Direktor, wenn dieser seine Bedenken geltend machte:

„Lassen Sie ihn gehen, den Dunker, er scheint es doch mit Leichtigkeit zu erreichen, denn man hört nie eine Klage über zuviel häusliche Arbeit in der Mathematik. Er ist eben eine von jenen seltenen Lehrernaturen, die durch ihre eigene Kühnheit die Schüler so zur Begeisterung fortreißen, daß sie ihnen bedingungslos folgen, wohin sie vorausgehen."

Das war die Atmosphäre, in der Max nun leben sollte. Ein eigentümlich feiner Dunstkreis von Klassik und Schönheit. Freilich nicht ohne gewisse Weltentfremdung, die allen den Männern eigen ist, die den großen historischen Sinn haben.

Max konnte seine Schwingen noch nicht voll entfalten, denn er war ja in den Kreis von Quintanern gebannt, und die deutschen Stunden in den oberen Klassen verwirrten ihn mehr, als sie ihn geistig erhoben. Unwillkürlich wurde er in der Quinta schwer und unverständlich und in der Prima geriet er manchmal unter das Niveau der Klasse. Das dauerte aber nur kurze Zeit, dann begann der Ausgleich, zumal der Direktor ihm den deutschen Unterricht in der Quinta abgenommen und ihm so die Beziehung zwischen den beiden Klassen vollkommen unterbrochen hatte.

Schon bei seinem ersten Eintritt in die Klasse der Kleinen war ihm ein für sein Alter großer und starker Bursche aufgefallen, der unverkennbar Mollys Züge trug. Er hatte ihn nicht nach dem Namen zu fragen brauchen, er wußte, daß es der Sohn der Jugendgeliebten sei. Und es war ihm eine große Erleichterung, daß der Junge ihm keinen Anlaß zur Unzufriedenheit gab, daß er vielmehr zu seinen begabtesten, fleißigsten und gehorsamsten Schülern gehörte.

(Fortsetzung in der Beilage.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

schierten daher auch solange gemeinsam, als es diesen Staat und seine Verfassung als gemeinsames Hindernis zu bekämpfen und zu erschüttern galt. Beider Wege trennen sich jetzt, da es sich nach beider Ansicht nicht mehr so sehr darum handelt, das Alte zu erschüttern, als schon das Neue, das nach dem Alten kommen soll, zu schaffen oder zum mindesten vorzubereiten. Jetzt, da man mit der — als sicher angenommenen — Erreichung des ersten Zieles zugleich vor der Entscheidung über das eigentliche Ziel steht, wird der Gegensatz sogar in die Oeffentlichkeit getragen.

Die Vorgeschichte dieser öffentlichen Diskussion ist nicht uninteressant. Im Frühjahr dieses Jahres erschien ein hoher, auf die Verfassung der Republik vereidigter bayerischer Staatsbeamter — ob im ausdrücklichen Auftrag Rupprechts, sei dahingestellt — bei Ludendorff, um einen letzten Vermittlungsversuch zwischen den beiden Antagonisten zu machen. Dieser hohe bayerische Staatsbeamte schlug dem General vor, seine Einwilligung in eine Kandidatur Rupprechts als König von Bayern zu geben und ihr seine Unterstützung zu gewähren. Darüber hinaus sollte Rupprecht — immer nach den Vorschlägen dieses Herrn — zugleich Träger der ganzen deutschen Freiheitsbewegung überhaupt werden. Mit pommerschen reaktionären Kreisen sei in dieser Beziehung bereits Fühlung genommen. Um die Aktion selbst durchzuführen, sei eine **zeitweilige Trennung Bayerns vom Reiche unerläßlich. Von Frankreich** habe man für diesen Fall bereits bestimmte Zusagen einer **politischen und materiellen Unterstützung.** — Soweit die Vorschläge und Pläne dieses Herrn. Ludendorffs Antwort darauf war eine sehr eindeutige und schroffe Ablehnung des Ansinnens, einer solchen separatistischen Aktion seine moralische und materielle Unterstützung zu leihen.

Dauerndes Ergebnis jener Abweisung war die **vollkommene Entfremdung** zwischen Rupprecht und Ludendorff und ein Mißtrauen zwischen den separatistischen und großdeutschen Organisationen der vaterländischen Verbände, das nicht zuletzt dazu beigetragen hat, wenn die schon so oft angekündigte „Aktion" im letzten Augenblick immer noch vertagt wurde.

Rücktritt der thüringischen Regierung.

Die Zerstörungsarbeit der Kommunisten.

Weimar, 11. Sept. Die neuliche Umfrage der sozialdemokratischen Parteileitung brachte ein Ergebnis, das unserer Landtagsfraktion Anlaß gab, sich nochmals bereit zu erklären, mit der kommunistischen Fraktion die in Thüringen begonnene sozialistische Arbeit fortzusetzen. Die Fraktion hat gleichzeitig aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie und die **Regierung sich kommunistischen Diktaturgelüsten ebensowenig fügen** werden, wie einem Siebenerausschuß, also der sogenannten „sächsischen Lösung", oder einer sonstigen Nebenregierung von kommunistischen Gnaden. Die Kommunisten erneuern nun erst recht ihre diktatorischen Fragen, indem der Fraktionsredner Tenner (vorsichtshalber kontrollierte Könen vom Pressetisch aus die Haltung seiner Untergebenen) in der soeben begonnenen Landtagstagung forderte:

1. Sofortige Einberufung des Betriebsrätekongresses für Thüringen, und Ausstattung des Kongresses mit gesetzgebender Macht. 2. Bildung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften, die von der Regierung zu bewaffnen sind. 3. Behördliche Anerkennung der Kontrollausschüsse und ihre Ausstattung mit Exekutivgewalt und Beschlagnahmerecht.

Auf Grund der folgenden Auseinandersetzungen forderte das sozialdemokratische Ministerium Fröhlich seinen Rücktritt.

Die Entscheidung lag in den Händen der Kommunisten. Die Mißtrauensanträge der nichtsozialistischen Parteien, die auch bei Stimmenenthaltung der Kommunisten zu Fall gebracht worden wären und sodann wenig Aussicht auf Erfolg hatten, gelangten bei der Schlußabstimmung schließlich mit Unterstützung der äußersten Linken zur Annahme. Die bürgerlichen Parteien stellten darauf den **Antrag auf Auflösung und Neuwahl des Landtags.**

Ein kommunistisches Ultimatum an die sächsische Regierung.

Dresden, 13. Sept. Die Erwerbslosenunruhen in Dresden am Dienstag, bei denen die Polizei einschreiten und auch von ihrer Waffe Gebrauch machen mußte, wobei 13 Personen verwundet wurden, drohen ein **politisches Nachspiel** zu haben, das für die **innere Politik Sachsens von großer Bedeutung sein** würde. Der von den thüringer Kommunisten herbeigeführte Sturz der Weimarer Regierung scheint auch den Dresdener Kommunisten Mut gemacht zu haben. Der Landesvorstand der sächsischen kommunistischen Partei hat offiziell ein Ultimatum an die Regierung gerichtet, in dem die kommunistische Partei droht, der Regierung sofort ihre Unterstützung zu entziehen für den Fall, daß das Demonstrationsverbot nicht sofort aufgehoben wird und spätestens bis zum 15. September jene Offiziere zur Verantwortung gezogen und entwaffnet werden, die den Befehl zum Schießen gegeben hatten. Man darf auf den Ausgang dieses politischen Kampfes gespannt sein, denn einerseits hat die kommunistische Partei sich mit diesem Ultimatum so unzweideutig festgelegt, daß sie schwerlich zurück kann, andererseits wird von Regierungsseite erklärt, daß durch die vielen Zeugen einwandfrei festgestellt ist, daß die **ersten Schüsse vonseiten der Demonstranten** fielen; die Polizeioffiziere hätten demnach nur in der Notwehr gehandelt, sodaß gegen sie nicht vorgegangen werden könne.

Der Streit Geßler—Zeigner.

Berlin, 12. Sept. Wie die Blätter hören, hat der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner gestern eine Besprechung in der Reichshanzlei gehabt, bei der eine größere Anzahl Persönlichkeiten, darunter sämtliche sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts anwesend waren. Das Material über den Konflikt wurde in eingehender Weise geprüft und unter den anwesenden Mitgliedern des Kabinetts ist vollständige Uebereinstimmung in der Beurteilung des Materials. Seitens der Reichsregierung wird alles geschehen, um den Konflikt zwischen Reichswehrminister Dr. Geßler und Ministerpräsident Dr. Zeigner aus der Welt zu schaffen.

Keine Einberufung des Reichstags.

Berlin, 13. Septbr. Im Aeltestenausschuß des Reichstages sprach sich heute die Mehrzahl der Parteien **gegen eine sofortige Einberufung** des Reichstages aus, nachdem die Regierung hatte wissen lassen, daß die außenpolitischen und die finanzpolitischen Verhandlungen im Innern noch im Fluß sind, so daß sich eine abschließende Mitteilung noch nicht machen lasse. Für eine Einberufung des Reichstages sprachen sich nur die Vertreter der Deutschnationalen und die Kommunisten aus, die aber im Plenum nur über 81 Stimmen verfügen, während die übrigen Parteien die Auffassung der Regierung teilten. Eine Einberufung des Reichstages ist demnach nicht vor den letzten Septembertagen zu erwarten. Ueber eine Einberufung der Auswärtigen Ausschusses, dessen Verhandlungen vor der Einberufung des Reichstages stattgefunden hätten, werden noch Verhandlungen gepflogen.

Die Sparpolitik des Reichs.

Berlin, 12. Sept. Wie die Blätter melden, wird der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding heute im finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats nähere Angaben über die Gründung der Goldnotenbank machen. Nach einer weiteren Mitteilung des „B. T." wird sich die Reichsregierung bemühen, die Ausgaben des Reiches, insbesondere die Ruhrkredite allmählich abzubauen, um auf diese Weise das Defizit zu verringern. Außerdem soll das von rheinischen Gemeinden und Industrieunternehmungen in großem Umfang ausgegebene Notgeld, mit dem sich manche Betriebe finanziert hätten, während sie die ihnen vom Reich zur Verfügung gestellten Lohnkredite für Devisenkäufe benutzten, mit größter Beschleunigung zur Einziehung gelangen.

Polen und die deutschen Ansiedler.

Der ständige internationale Gerichtshof im Haag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Loder in öffentlicher Sitzung am 10. September das Gutachten in der Frage der **deutschen Ansiedler und Pächter in Polen abgegeben,** um das er vom Völkerbundsrat gebeten worden war. Das Gutachten betrifft 1. die Frage, ob der Völkerbundsrat für die Angelegenheit der deutschen Ansiedler in Polen zuständig ist, und 2. ob die Maßnahmen, die Polen gegen die Ansiedler und Pächter getroffen hat, mit seinen internationalen Verpflichtungen aus dem **Vertrag von Versailles und dem Minderheitenvertrag** in Einklang zu bringen sind. Der Gerichtshof hat die erste Frage in bejahendem Sinne beantwortet und sich über die zweite Frage dahin geäußert, daß **das Vorgehen Polens mit seinen internationalen Verpflichtungen in Widerspruch stehe.** Der Völkerbundsrat wird nunmehr eine endgültige Entscheidung zu treffen haben.

*

Der Internationale Schiedsgerichtshof im Haag hat sich seine Arbeit nicht leicht gemacht. Nicht weniger als zwei Monate verwandte er darauf, die Frage zu studieren, und dementsprechend umfangreich ist sein Gutachten ausgefallen. Dessen Vorlesung dauerte 1½ Stunden. Wenn auch in einigen Punkten der politischen Auffassung zugestimmt wurde, kam dieser Gerichtshof in der Gesamtheit zu einer Verurteilung der Haltung Polens gegenüber den deutschen Ansiedlern, da sie im Widerspruch stehe zur internationalen Verpflichtung hinsichtlich der staatlichen Minderheiten. Diese Feststellung des hervorragenden juristischen Sachverständigen-Kollegiums ist höchst bedeutsam, denn hier hat strengste Unparteilichkeit gesprochen, und der Völkerbundsrat bei dem nun die endgültige Entscheidung steht, kann das sorgfältig erwogene Gutachten dieses Gerichtshofs unmöglich umstoßen. Die polnische Gepflogenheit des Vertragsbruches ist an einem Schulbeispiel aufgezeigt, kein Deuteln und Drehen auf polnischer Seite kann daran etwas ändern. Es handelt sich um den vom Völkerbund selbst eingesetzten Schiedsgerichtshof im Haag, nicht um jene Körperschaft aus der verblaßten Zeit der Haager Friedenskonferenz. Das ist von entscheidender Bedeutung. Wir Deutsche dürfen es als wesentlichen Fortschritt begrüßen, daß die polnischen Machenschaften gegen das Deutschtum zunächst in diesem Fall an den Pranger gestellt sind.

Leipzig kann nicht mehr zahlen.

Leipzig, 11. Sept. In der gestern abend stattgefundenen außerordentlichen Stadtverordnetensitzung machte der Leipziger Oberbürgermeister nähere Angaben über die Finanznot der Stadt und bemerkte, daß die Stadt heute nicht mehr in der Lage ist, den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern ihre vollen Bezüge auszuzahlen. Es wurde die Absendung einer Deputation zur Reichsregierung beschlossen um dieser den Ernst der Finanzlage der Stadt Leipzig vorzutragen und die Genehmigung zur Ausgabe von Notgeld, sowie die umgehende Zahlung von Vorschüssen auf die Reichszuschüsse und Steueranteile zu verlangen.

Zu den französischen Flugzeuglandungen in Süddeutschland.

London, 11. Sept. In hiesigen gelehrten Kreisen beschäftigt man sich eingehend mit der Frage, ob die Notlandung des französischen Flugzeuges der Luftlinie Straßburg—Prag in der Nähe des Flugplatzes von Fürth lediglich ein unglücklicher Zufall oder aber auf eine neue deutsche Entdeckung mit geradezu teuflischer Ausrüstungsmöglichkeit zurückzuführen sei. Man nimmt an, daß das französische Flugzeug über deutschem Gebiet mit unsichtbaren Strahlen herniedergeholt worden ist, die man in deutschen Laboratorien entdeckt hat. Man hat dafür zwei Theorien. Nach der einen wird auf den Magneten des Flugzeugmotors durch konzentrierte drahtlose Strahlen störend eingewirkt, nach der andern hat man in Deutschland neue Strahlen entdeckt, die gewisse Metalle des Flugzeuges zum Schmelzen bringen.

Der Verdacht, daß deutscher Erfindungsgeist einen Apparat konstruiert hat, mit dem es gelingt, feindliche Flugzeuge zur Landung zu zwingen, ist deswegen aufgestiegen, weil in letzter Zeit eine ganze Anzahl französischer Flugzeuge in Süddeutschland notlanden mußte.

Elsässische Urteile.

In einem Artikel der „Straßburger Neuesten Nachrichten" die uns aus dem Leserkreis zugegangen ist, werden Beobachtungen über den passiven Widerstand geschildert. Der Artikelschreiber hat seine Beobachtungen im Koblenzer Gebiet gemacht. Er sagt u. a.: „Wenige Eisenbahnzüge fahren und werden noch weniger benützt, aber die Leute scheinen sich mit dieser zweifellos schmerzlichen Tatsache abgefunden zu haben. Ueberall auf der Landstraße begegnet man Herren und Damen, die schwere Koffer und Päcke schleppen und trotz der Hitze wohlgemut zu sein scheinen. Die passive Ressistenz, dünkt mich, wird nicht, wie ich bisher meinte, von der Regierung mit Mühe aufrechterhalten, sondern im Gegenteil, **das Volk macht sie bewußt und ohne Murren mit.** Seine Vaterlandsliebe scheint groß genug, um ihm alle Opfer leicht zu machen. Wenn diese meine Beobachtung richtig ist, so kann der passive Widerstand noch lange dauern, es sei denn, daß tiefere wirtschaftliche Schwierigkeiten die Reichsregierung anders beeinflussen. Jedenfalls habe ich den Eindruck, daß das deutsche Volk, **wenigstens im besetzten Gebiet,** mit den Erklärungen der Reichsregierung einverstanden ist. An die Rheinische Republik glaube ich weniger als je. Sollte es der Regierung Stresemann gelingen, eine stabile Währung einzuführen, so würde die Widerstandskraft Deutschlands dadurch natürlich gestärkt werden."

Vergewaltigt.

Buer, 12. Sept. An einem der letzten Abende wurde auf dem Wege von Buer nach Hassel eine Bürobeamtin und eine Klavierlehrerin von zwei belgischen Soldaten überfallen und vergewaltigt. Beide Soldaten konnten verhaftet werden.

196 Milliarden gestohlen.

Köln, 12. Sept. Wie die „Köln. Ztg." aus Gelsenkirchen berichtet, hatte die Gesellschaft der Zechen Viktor 1—4 am Samstag Lohngelder in Höhe von 196 Milliarden in die Sprengstoffkammer auf der 4. Sohle der Schachtanlage unter starker Bewachung eingeschlossen, um es vor allen Dingen gegen die Beschlagnahme durch die Franzosen zu sichern. Am Montag morgen war das **Geld verschwunden.** Alle Bemühungen der Polizei, Licht in den Diebstahl zu bringen, blieben bisher erfolglos. Unter den diesmal entwendeten Geldern befinden sich 160 Milliarden neue 20 Millionenscheine der Bergwerksgesellschaft „Liberta", die gestern für ungültig erklärt wurden.

Das Ende der Grenzsperre.

Ludwigshafen, 12. Sept. Wie uns von der Regierung in Speyer mitgeteilt wird, hat der französische Kreisdelegierte die Regierung der Pfalz davon in Kenntnis gesetzt, daß der Zeitpunkt des Endes der Grenzsperre **auf den 15. September mitternachts** festgesetzt ist. — Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß außer dieser formellen Mitteilung des Vertreters der Besetzungsbehörde nicht hervorgeht, ob mit der Beendigung der verschärften Sperre nun ohne weiteres die alten Pässe wieder in Kraft treten, oder ob neue ausgestellt werden.

Englands verschlechterte Stellung.

London, 12. Sept. Die Betrachtungen der englischen Blätter über die Rolle, die England bei der Wiederaufnahme der **Alliiertenverhandlungen über die Entschädigungsfrage** spielen dürfte, klingen wenig hoffnungsvoll. „Manchester Guardian" führt aus: „Man könnte vielleicht glauben, daß, sobald Deutschland den Widerstand einstellt, England wieder seinen Einfluß für eine vernünftige Regelung der Frage geltend machen könnte. Aber welchen Einfluß könnte England, selbst wenn es sofort zum Konferenztisch eingeladen würde, haben gegenüber einem Frankreich, das auf die Fruchtlosigkeit der englischen Note und auf seine eigenen Erfolge hinweisen könnte? Die Dinge seien möglicherweise jetzt soweit gediehen, daß eine gewaltsame Lösung durch nichts mehr aufgehalten werden könne. Wenn die englische Regierung früher protestiert hätte und wenn Poincare jetzt seinem Ziel nicht so nahe wäre, so hätte man ihn vielleicht mit einem noch günstigeren Angebot als es die letzte englische Note enthielt, schwankend machen können. Aber jetzt sei es zweifelhaft geworden, ob auch die Einsetzung einer interalliierten Kommission noch einen Wert haben würde. Der Artikel schließt mit einem Angriff auf die ganz verfehlte Politik des Kabinetts Baldwin. An anderer Stelle macht das gleiche Blatt darauf aufmerksam, daß sich die Lage seit der letzten englischen Note wesentlich geändert habe. Das wichtigste Ereignis sei das **Tauschgeschäft zwischen Poincare und Mussolini in Bezug auf das Ruhrgebiet und Korfu.** Dieser letztere Punkt ist natürlich in erster Linie die Ursache dafür, daß für die kommenden Verhandlungen eine wesentliche **Verschlechterung der diplomatischen Stellung Englands** befürchtet wird. Die Tatsache, daß es die Regierung nicht zu vermeiden wußte, zu gleicher Zeit mit Frankreich und Italien in ein gespannteres Verhältnis zu kommen, gibt denn auch zu immer deutlicheren Kritiken Veranlassung. „Poincare", so schreibt heute abend der „Standard", „hat in aller Stille ein Geschäft mit Mussolini gemacht und aus der letzten Rede Mussolinis geht klar hervor, daß Italien seine Haltung in der Entschädigungsfrage geändert hat und daß es jetzt auf der Seite Frankreichs steht.

Die Frage von Korfu.

Die italienisch-griechische Streitfrage ist nun auf die Frage zugespitzt, **wann die Räumung von Korfu zu erfolgen habe.** Die Griechen sind der Meinung — und die ist durchaus begreiflich — daß die Italiener auf Korfu, dessen Räumung sie hoch und teuer versprochen haben, nichts mehr zu suchen haben, nachdem Griechenland den Spruch des Botschafterrates nicht bloß angenommen, sondern auch die 50 Mill. Lire bereits zur Verfügung des Rats bei der ihm vorgeschriebenen Bank deponiert hat. Das Pfand hat doch bloß einen Sinn, bis bezahlt ist; mit der erfolgten Zahlung fällt es an den Eigentümer zurück. Anders will es aber Mussolini. Er will erst dann wieder freigeben, wenn der ganze Fall erledigt ist, d. h., wenn der Untersuchungsausschuß die langwierige Untersuchung beendet und der Botschafterrat dann auf Grund seiner Feststellungen endgültig Entschädigungspflicht und -höhe bestimmt hat. Das kann Monate dauern. Und die Herrn Botschafter wissen nun wieder nicht, was tun. Vielleicht geben auch sie im Herzen dem Kleinen Recht, aber den Großen braucht man und rabiat ist er auch. Was wird man da wieder für eine Diplomatenformel finden, um „Recht und Gerechtigkeit" zu verkünden.

Englische Warnungen an Italien.

Die neue Kriegsgefahr auf dem Balkan.

London, 13. Sept. In maßgebenden englischen Kreisen ist man außerordentlich beunruhigt über die Nachrichten von der italienisch-jugoslawischen Grenze. Beide Mächte sollen erhebliche Truppenmengen in höchster Kriegsbereitschaft in nächster Nähe der Grenze angesammelt haben. Der Delegierte für Südafrika im Völkerbund, Norrey, telegraphierte gestern nach London, daß, wenn der Konflikt in Fiume nicht in letzter Stunde vor den Völkerbund gebracht werde, **bereits am 16. September kriegerische Verwicklungen auf dem Balkan** eintreten würden, an denen Italien, Griechenland, Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn unmittelbar beteiligt sein würden. Die militärischen Pläne der Balkanstaaten seien vollständig fertig und die Ausführung dieser Pläne könnte nicht auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden. Während die Times heute morgen Mussolini abermals vorhält, daß England sich die italienische Formel nicht gefallen lassen könne, wonach es Italien überlassen werden müsse, nach eigenem Ermessen den Zeitpunkt zu bestimmen, wenn Korfu geräumt werden soll, erklärt der Daily Telegraph, daß die englische Regierung entschlossen sei, wenn Mussolini in der Räumungsfrage nicht bald nachgebe, den von Italien begangenen Bruch der Völkerbundssatzung durch die gewaltsame Besetzung von Korfu von der Völkerbundsversammlung feststellen zu lassen, um gestützt auf die moralischen Kräfte, die Räumung verlangen zu können. Dieses Blatt weist ferner darauf hin, daß die Ankunft eines **französischen Feldmarschalls in Belgrad eine letzte Warnung an Italien sei,** im Fiume-Konflikt Vorsicht walten zu lassen, und daß Italien im Falle eines Krieges mit Jugoslawien sich auf zahlreichere und stärkere Gegner als sein einziger Balkanstaat es sei, gefaßt machen müsse.

Italiens Absichten an der Adria.

Rom, 13. Sept. Die von Mussolini dem Vertreter der Daily Mail in Mailand gewährte Unterredung gibt den Blättern Anlaß zu ausführlichen Kommentaren, von denen der der Epoca, die Frage vom italienischen Standpunkt aus gesehen, am besten beleuchtet. Das Blatt schreibt: Italien hat nunmehr in der Adria und im Mittelmeer eine eigene Politik, die sich kurz folgendermaßen zusammenfassen läßt: **Uebergewicht in der Adria, für eine weitere Ausdehnung im Mittelmeer.** Italien glaubt, daß dieses Programm sich durchaus mit den englischen Zielen vereinbaren lassen würde. Ein Italien ohne Stützpunkt in der Adria müßte für England eine unvergleichlich größere Gefahr bedeuten als ein Italien, das in der Adria und im Mittelmeer an England durch ein Mittelmeerabkommen geknüpft wäre.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die englische Regierung müsse sich davon überzeugen lassen, daß die einzige Macht, die England die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer garantieren könnte, Italien ist, denn eine Feindschaft mit Italien würde England zwingen, einen großen Teil seiner Flotte ständig im Mittelmeer zu halten.

Entspannung zwischen Italien und Jugoslawien?

Rom, 12. Sept. Die italienisch-jugoslawische Spannung hat überraschenderweise in den letzten 24 Stunden außerordentlich nachgelassen, sie ist sogar, wenigstens vorläufig, gänzlich beseitigt. Die Epoca veröffentlicht folgende Note, die, wie Ihr Korrespondent erfährt, auf zuverlässigen Informationen beruht: **„Niemand in Italien hat daran gedacht, auf Jugoslawien einen militärischen Druck auszuüben.** Das Zusammentreffen mit dem griechischen Zwischenfall ist nur zufällig. Wir glauben, wenn die jugoslawische Regierung noch ein paar Tage länger brauchen sollte, Italien zu antworten, oder wenn wir am 15. September wenigstens eine Zwischennote erhalten, auf Grund deren die Diskussion fortgesetzt werden könnte, so würde die italienische Regierung keine Schwierigkeiten für eine kurze Verlängerung des Termins machen. Italien wünscht noch immer in erster Linie, daß das Fiumeproblem auf Grund einer **direkten freundschaftlichen Verständigung gelöst wird**, aber sie darf allerdings nicht zu lange hinausgeschoben werden." Auch Mussolini hat sich über das Fiumeproblem geäußert und zwar zu einem Vertreter der Daily Mail. Er erklärte, Italien wolle eine friedliche Beilegung dieser peinlichen Affäre und erhoffe, daß Fiume ein Bindeglied zwischen Italien und Jugoslawien werde und nicht ein Zankapfel.

Ein neuer Konflikt: Albanien und Griechenland.

Rom, 12. Sept. Auf ein **griechisches Ultimatum** das die Albanier aufforderte, die Mörder der italienischen Militärmission auszuliefern, erwiderte die albanische Regierung mit einer Note, in der sie erklärt, daß die Mörder Griechen seien und daß, falls die griechische Regierung die Mörder nicht verhaften sollte, **die Albanier die Grenze überschreiten würden**, um selbst die Täter festzunehmen, die in Albanien sehr gut bekannt seien.

Revolution in Spanien?

Errichtung einer Militärdiktatur in Barcelona.

Paris, 13. Sept. Aus Barcelona wird gemeldet: **Die Militärpartei hat eine Proklamation erlassen**, in der sie die Regierung beschuldigt, Spanien dem Untergang zuzuführen, und mitteilt, daß die Militärpartei beschlossen habe, die **Regierung zu übernehmen, den Belagerungszustand zu verhängen** und alle Verdächtigen, namentlich die kommunistischen Führer, zu verhaften. Um 4 Uhr morgens ist die Telephonzentrale besetzt worden. In Barcelona läuft das Gerücht um, daß eine **ähnliche Bewegung in mehreren anderen Städten ausbrechen würde** und daß die Regierung in der vergangenen Nacht in Madrid schleunigst zusammengetreten sei.

Paris, 13. Sept. Aus Barcelona meldet Havas: Um 7 Uhr vormittag war das Leben in Barcelona vollkommen normal. Mehrere Garnisonen namentlich die von Madrid und Sacagossa, haben sich der Bewegung angeschlossen. Es wird behauptet, daß bereits ein Prozeß gegen den Außenminister und den Ministerpräsidenten eingeleitet sei, und daß eine Regierung unter dem Schutze der Militärbehörde gebildet werde. Diese habe die telephonische Verbindung unterbrochen und übe die Zensur aus. Aus den Dokumenten, die sie veröffentlicht haben, geht hervor, daß die **Bewegung nicht gegen den König gerichtet ist**, sondern lediglich gegen die Regierung allein. Es läuft das Gerücht um, daß der Minister für auswärtige Angelegenheiten bereits in San Sebastian in Haft genommen sein soll.

*

Soweit sich aus den bisherigen dürftigen Meldungen erkennen läßt, handelt es sich offenbar um einen Streich der Militärpartei, die auf diese Weise die — nach ihrer Ansicht vorzeitige — Liquidierung des Kampfes in Marokko verhindern will. Schon seit längerer Zeit haben die Führer der Liberalen die Aufgabe oder doch wenigstens den Abbau der marokkanischen Expedition erstrebt, da sie glaubten, auf diese Weise einer Linksrevolution zuvorzukommen. Das Kabinett, gegen das sich der Kampf der Militärpartei richtet, war erst vorige Woche zu diesem Zweck gebildet worden.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 14. Sept. (Ungültige Freimarken.) Alle Freimarken im Einzelwert von weniger als 100 Mk. verlieren mit Ablauf des 30. September 1923 ihre Giltigkeit. In den Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Oktober an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Gesamtwert von 1000 Mk. vorgelegt werden. Auch bei höherem Gesamtwert wird ein Teilbetrag von unter 1000 Mk. nicht vergütet. Postkarten und Kartenbriefe mit eingedruckten Marken werden nicht eingelöst, sie können durch Ueberkleben aufgebraucht werden.

* **Sinsheim**, 14. Sept. (Ein Fernbrief 250000 Mark.) Amtlich wird mitgeteilt: Die ungeheure Geldentwertung der letzten Tage, die den Posthaushalt mit neuen gewaltigen Mehrausgaben belastet, nötigt die Postverwaltung, die Postgebühren neu festzusetzen. Die neuen Gebühren treten für den Telegraphen- und Fernsprechverkehr am 16. September, für den Post- und Postscheckverkehr am 20. September in Kraft. Darnach beträgt die Gebühr für den einfachen Fernbrief 250 000 Mk., für die Fernpostkarte 100 000 Mk., für Drucksachen der ersten Gewichtsstufe 50 000 Mk. Für gewöhnliche Telegramme sind zu entrichten: Grundgebühe von 400 000 Mk. und Wortgebühr von 200 000 Mk. Im Fernsprechverkehr kostet ein Ortsgespräch 250 000 Mk. Die übrigen Gebühren erfahren eine Hinaufsetzung in ähnlichem Verhältnis.

* **Sinsheim**, 12. Sept. (Lohnabzüge.) Das Reichsfinanzministerium hat zum 15. Sept. eine weitere Erhöhung der Ermäßigungen für den Lohnabzug eintreten lassen. Es sei beabsichtigt, die bisherigen steuerfreien Beträge zu verdoppeln, sodaß künftig ein Einkommen von rund 10 Millionen Mark im Monat bei einem verheirateten Steuerpflichtigen mit 2 Kindern steuerfrei wäre.

= **Wiesloch**, 13. Sept. (Auch hier sind die Felddiebstähle) in der Zunahme begriffen. Besonders davon betroffen sind die Kartoffeläcker, an denen zuweilen nicht unbedeutender Schaden dadurch angerichtet wird, daß die noch unreifen Stöcke ausgerissen werden und die kleinen Knollen liegen bleiben. — Zwetschgen, bei denen über eine ausgezeichnete Ernte zu berichten ist, werden augenblicklich mit 18—20 Millionen Mark pro Zentner bezahlt.

◎ **Heidelberg**, 14. Sept. (Streik der Markthändler.) Der gestrige Wochenmarkt war auch in Heidelberg außerordentlich schwach besucht, da die Markthändler wegen der Art der Festsetzung der Richtpreise sich den Mannheimer Händlern angeschlossen und den Markt mit ihren Erzeugnissen gemieden haben. Lediglich drei Händler und wenige Landwirtsfrauen waren mit Gemüse und Obst auf dem Markt angefahren. Die Preisprüfungskommission wird zu der Boykottierung Stellung nehmen.

ep **Mosbach**, 14. Sept. (Lehrgang.) Der Evang. Verband für die weibliche Jugend in Baden veranstaltet vom 25.—28. Sept. in seinem Erholungsheim Tannenhof bei Mosbach einen Lehrgang für Jugendführer, vor allem für Geistliche und Pfarrfrauen, Lehrer und Lehrerinnen. Neben grundlegenden Vorträgen über die Ziele des Verbandes sollen eine Reihe Fragen der praktischen Jugendarbeit erörtert werden. Auskunft und Anmeldung beim Geschäftsführer des Verbandes, Pfarrer Wolfinger in Philippsburg.

□ **Mannheim**, 12. Sept. (Schlägerei.) Gestern Abend entstand an der Ecke Kronprinzen- und Landwehrstraße zwischen mehreren jungen Burschen eine Schlägerei, in deren Verlauf der 20 Jahre alte ledige Schlosser Hermann Schäfer durch zwei Stiche in die Brust und einen Stich in den Kopf getötet wurde. Es wurden 4 an der Schlägerei beteiligte Personen festgenommen.

t **Karlsruhe**, 13. Sept. (In einer Versammlung) des Grund- und Hausbesitzervereins wurde Stellung gegen die weitere Verschärfung der Zwangswirtschaft durch das Mieterschutzgesetz genommen und die Einführung der Vorauszahlung der Monatsmiete gefordert.

ep **Karlsruhe**, 14. Sept. (Einberufung der Evang. Landessynode.) Nachdem vielfach und aus den verschiedensten Kreisen des Kirchenvolks der dringliche Wunsch laut geworden ist, es möchte einmal die kirchliche Volksvertretung sich über die wirtschaftlichen Notstände der Landeskirche und des Pfarrstandes aussprechen und dazu Stellung nehmen, hat sich die Evang. Kirchenregierung entschlossen, die Landessynode auf Montag, den 24. September zu einer möglichst kurzen Tagung einzuberufen. Bisher geschah das nicht mit Rücksicht auf die großen Ausgaben, welche eine Tagung der Synode verursacht. Nun hat der Kirchengemeindeausschuß Karlsruhe an die Gemeindeglieder die Bitte gerichtet, daß den etwa 50 auswärtigen Abgeordneten während der Tagung freie Wohnung und Verpflegung geboten werde. Durch solche Gastfreundschaft werden die Ausgaben für die Tagung wesentlich verringert werden.

○ **Pforzheim**, 13. Sept. (Ein freches Bubenstück) hat ein etwa 12jähriger Schuljunge ausgeführt. Er stieg am gestrigen Vormittag in die im Erdgeschoß gelegene Wohnung einer Witwe ein, von der er wußte, daß sie gerade abwesend war, und stahl drei Taschenuhren, verschiedene andere Gegenstände und 45 Millionen Bargeld.

t **Heilbronn**, 13. Sept. (Allerlei.) Bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe von Hannover ist eine Heilbronnerin, die 21jährige Marie Gögelein, die seit 1½ Jahren in Amsterdam in Stellung war und ihren 14tägigen Urlaub in der Heimat verbrachte, tödlich verunglückt. Sie wollte mit dem verhängnisvollen Zuge unter Umgehung des besetzten Gebiets, in ihre Dienststelle zurückkehren. — Soziales Verständnis haben 72 Bäckermeister bewiesen, indem sie für besonders bedürftige Alte und Notleidende wöchentlich je einen Laib Brot unentgeltlich zur Verfügung stellen.

∝ **Frankfurt**, 13. Sept. (Fleischvergiftung.) Im Stadtteil Bornheim sind nach dem Genuß von Hackfleisch mehrere Personen erkrankt; ein 15jähriges Mädchen ist bereits gestorben.

b **Frankfurt**, 13. Sept. (Raubmord im Eisenbahnzug.) Mittwoch morgen wurde im Personenzug von Frankfurt ein Mann in mittleren Jahren durch zwei Männer aus einem Abteil 2. Klasse des fahrenden Zuges hinausgeworfen. Der Ueberfallene ist, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, vor seiner Einlieferung in das Krankenhaus Groß-Lichterfelde gestorben. Seine Personalien sind noch unbekannt. Er war vollständig ausgeraubt. Die Nachforschungen nach den Tätern sind bisher erfolglos geblieben. Die Reichsbahndirektion hat eine Belohnung von zunächst 45 Millionen Mark ausgesetzt.

Turnen, Sport und Spiel.

l **Steinsfurt**, 12. Sept. Am 9. September veranstaltete der Turn- und Sportverein Steinsfurt ein Sportfest, das von allen Teilen des Neckar-Elsenz-Turngaues zahlreich besucht war. Nach dem Eintreffen der Vereine begannen die Wettkämpfe, welche dank der umsichtigen Vorbereitung und Leitung des stellvertretenden Gausportwarts, Herrn Turnlehrer Söll, rasch und einwandfrei erledigt wurden. Nachmittags bewegte sich ein stattlicher Festzug durch die Straßen der Gemeinde zum Festplatz. Herr Vorstand Allgeier begrüßte die Erschienenen, dem ein Prolog folgte, vorgetragen von Frl. Obländer. Herr Ad. Rau hielt die Festrede, in der er auf die Bedeutung der Leibesübung hinwies. Alsdann fanden die Wettkämpfe der Turnerjugend statt. Die Zeit bis zur Preisverteilung füllten die turnerischen Darbietungen der einzelnen Vereine aus. Um 6 Uhr fand die Preisverteilung statt, nach der Herr Gauvertreter von Hausen mit markigen Worten das Fest beschloß. Die einzelnen Ergebnisse der Wettkämpfe sind: 10×100 m Staffel: 1. Tv. Sinsheim 2:12⅕ Min., 2. Tv. Rappenau und Turngef. Sandhausen 25 m zurück. Vierkampf für Turner (Lauf, Weit- und Dreisprung, 10 Kg. Kugelstoßen): 1. Klostermann-Hirschhorn 93 Punkte, 2. Sommer-Ittlingen 81 Pkte., 3. Söll-Sinsheim 77 Pkte., 4. Sorg-Sinsheim 74 Pkte., 5. Würfel-Steinsfurt 73 Pkte., 6. Otto Essig-Weiler 71 Pkt., 7. Graf-Ittlingen 66 Pkte. Bestleistungen: 100 m Lauf: Söll 12 Sek., Klostermann und Sommer 12⅖ Sek. Weitsprung: Klostermann 5,95 m, Söll 5,90 m. Dreisprung: Klostermann 11,50 m, Sommer 10,85 m. Kugelstoßen: Essig 10,10 m, Sommer 9,70 m. Dreikampf der Jugendklasse A: 1. Rott-Ittlingen 64 Pkte., 2. Ludwig Hertel-Sinsheim 58 Pkte., 3. Jakob Essig-Weiler 56 Pkte., 4. Stoll-Sinsheim 55 Pkte., 5. Frank-Steinsfurt und Rittlinger Sandhausen 52 Pkte., 6. Gaßmann-Weiler und Veith-Rappenau 51 Pkte. Bestleistungen: 100 m Lauf: Rott und Veith 13 Sek., Hertel 13⅕ Sek. Weitsprung: Rott 4,74 m, Veith 4,55 m. Kugelstoßen: Essig 9,40, Hertel 9,00 m. Dreikampf der Jugendklasse B: 1. Roser-Rappenau 70 Pkte., 2. Otto Gräßle-Ittlingen 58 Pkt., 3. Hans Maier-Sinsheim 56 Pkte., 4. Gerbert-Sandhausen 55 Pkte., 5. Ebert-Ittlingen 54 Pkte. Bestleistungen: 100 m Lauf: Rott 13⅖ Sek. Weitsprung: Rott 4,93 m, Gräßle 4,55 m. Kugelstoßen: Herzog-Sandhausen 8,35 m, Rott 8,30 m.

Neueste amtliche Kurse

vom 12. September 1923.

Mitgeteilt von der Bankfirma Max Meyer, Filiale Sinsheim.

Anleihen:	
5 % Dtsch. Reichsanleihe	—
Dt. Sparprämienanleihe	220000 %
Bankaktien:	
Darmstädter Bank	260 000 000 %
Deutsche Bank	250 000 000 %
Dresdner Bank	170 000 000 %
Rhein. Creditbank	—
Südd. Discontogef.	70 000 000 %
Industrieaktien:	
Adlerwerke Kleyer	100 000 000 %
Allgem. Elektr.-Ges.	—
Bad. Anilin	800 000 000 %
Chem. Griesheim	600 000 000 %
Daimler Motoren	—
Elektr. Licht u. Kraft	230000000 %
Fuchs Waggon	43 000 000 %
Heidelberger Cement	50 000 000 %
Höchster Farben	640 000 000 %
Karlsruher Masch.	100 000 000 %
Knorr Heilbronn	—
Neckarf. Fahrzeugw.	58 000 000 %
Zellstoff Waldhof	—
Zuckerfabr. Heilbr.	140 000 000 %
„ Waghäusel	140,000 000 %
Schiffahrtsaktien:	
Hapag	—
Nordd. Lloyd	280 000 000 %
Freiverkehrswerte:	
Benz Motoren	—
Germania Linoleum	18 000 000 %
Gummiwerke Neckar	—
Hohenlohe Nährmittel	—
Kaiser Otto	—
Lauffener Cement	18 000 000 %
Maschbaug. Heilbr.	16 000 000 %
Saline Ludwigshalle	69 000 000 %
Ufa	—

Devisenkurse:
vom 14. Sept.

New-York 1 Dollar	M.	93 765 000
Holland 1 Gulden	„	36 970 000
Schweiz 1 Franc	„	16 875 000
London 1 Pfund	„	428 025 000
Paris 1 Franc	„	5 486 000

Berliner Metallmarkt:

Elektrolytkupfer	Mk.	—
Raffinadekupfer	„	27 500 000
Hüttenweichblei	„	12 000 000
Zinn, Banka	„	94 000 000
Hüttenrohzink	„	90 000 000

für 1 Kilo.

Hamburger Metallmarkt:

Silber per Kilo Mk.	—
Gold in Barren p. Gr.	—
Platin per Gramm	—

Reichsbankdiskont	30 %
Reichsbanklombard	31 %
Goldfr. Fr. 20 =	Mill. M.
Goldzollaufg.	— v. H.
Goldankaufspreis 1 kg	— D.
Silberankaufspreis	— f.

Wer keine Zeitung liest

ist mit den ins Leben eines jeden direkt oder indirekt eingreifenden politischen und lokalen Ereignissen nicht mehr auf dem Laufenden, verliert den inneren Zusammenhang mit allem, wird unsicher in politischen und wirtschaftlichen Fragen und damit in seinen Dispositionen und muß mit einschneidenden Nachteilen und Verlusten rechnen. Wir erinnern, nur um einiges herauszugreifen, an die sich jagenden Verordnungen, Steuergesetze, neue Porto- und Frachtsätze. Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung usw., außerdem aber an Kurs- und Marktberichte, Meldungen über den Stand des Dollars und der übrigen ausländischen Zahlungsmittel. Die Reihe könnte unendlich fortgesetzt werden, aber wie schon diese wenigen Punkte zeigen,

erleidet hohe Verluste,

wer nicht ständiger Leser unseres Blattes ist. Unsere Meldungen vor Inkrafttreten neuer Preise usw. vermeiden diese. Wer von einer Bestellung zunächst abgesehen hat, wird bei ernstlicher Erwägung der Vorteile sich zum regelmäßigen Bezug des „Landboten" entschließen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Sinsheim.

Durch Beschluß des Vorstandes v. 13. 9. 23 wurden ab 9. 9. 23 neue Grundlohnklassen, Beiträge und Leistungen festgesetzt. Die Tabellen sind von Montag ab bei der Hauptkasse bezw. bei den Einzugsstellen erhältlich. Die Arbeitgeber werden gebeten, Lohnveränderungen sofort zu melden. Erfolgt keine Meldung, so wird angenommen, daß die höchste Klasse in Frage kommt.

Der Vorstand: Sidler.

Stempel und Klichees

nach Zeichnung oder Photographie in Holzschnitt, Zinkätzung oder Autotypie ausgeführt liefert rasch und billig

G. Becker'sche Buchdruckerei
Sinsheim, beim Bahnhof.

Gesucht wird für Sinsheim auf Anfang Okt. eine zuverlässige

Putzfrau

welche die tägliche Reinigung von 7 bis 8 Büro-Räume bei guter Bezahlung übernimmt. Angebote unter Nr. 702 an den Landboten erbeten.

Wer unreines Blut hat?

Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, schlechte Verdauung, Blutandrang nach d. Kopfe, Kopfschmerz, trinke Dr. Bufleb's echten Frangulatee. Zu hab. bei: A. Engel, Engel-Drog.

Rechnungsformulare

empfiehlt
G. Becker'sche Buchdruckerei.

Wanzen! Flöhe! Ungeziefer! tötet radikal „Discret". Zu hab. bei A. Engel, Engel-Drogerie.

Max Meyer, Bankgeschäft, Heilbronn
Gegründet 1886.
Filiale Sinsheim a. E. (Bahnhofstr.)

An- und Verkauf
sämtlicher notierter und unnotierter
Wertpapiere.

Schriftleitung: H. Becker; Druck und Verlag: G. Beckersche Buchdruckerei in Sinsheim.

Hierzu eine Beilage.

Löhne.

m Un den wertbeständigen Lohn tobt heute der Kampf! Selbst die Forderung nach Goldlöhnen, Goldgehältern wird da und dort erhoben, und — an die Möglichkeit der Verwirklichung dieser Forderung geglaubt! Fast wäre solch Kinderglaube zum Lachen, wenn er nicht so traurig, fast rührend traurig wäre! Gleichzeitig ist letztere Forderung auch gefährlich, doppelt gefährlich, in dieser leidenschaftdurchglühten Zeit, da sie Beunruhigung und erhöhte Unzufriedenheit in weite Kreise trägt. Zweifellos wird bei Besprechung der Lohnfrage vielfach der Sache nicht bis an die Wurzeln gegangen; vor allem die Arbeitnehmerseite sieht, bis zu einem gewissen Grade entschuldbarer Weise, meist diese Dinge nur vom Standpunkt der augenblicklichen Zweckmäßigkeit. Umsomehr scheint mir äußerste Klärung dieses wichtigsten, volkswirtschaftlichen Problems nötig, diese kann niemals durch einseitige Betrachtung, sondern nur durch Beleuchtung von den verschiedensten Seiten geschaffen werden. Auf Details und Zahlenwerk verzichte ich bewußt. Von vornherein: Es ist eine einfache Selbstverständlichkeit, daß jeder Arbeitende nach möglichst guter Bezahlung seiner Arbeit strebt, insonderheit auch der Hand- und Industriearbeiter. Ja, ich gehe weiter: Soweit er Frau und Kinder hat, ist solch Streben seine Pflicht. — Aber soll man dieserhalb den in wirtschaftlichen Zusammenhängen Ungeschulten zum Utopisten erziehen. Soll man ihm Dinge vorgaukeln, die der brutalen Wirklichkeit nicht standhalten? Das Wünschen und Luftschlösser bauen ist ja schön; nur wird mit solchem Tun die Welt, in der wir leben, nicht geändert!

Zur Sache: Auch der Arbeitnehmer fordere nicht mehr, als ihm erfüllt werden kann. Und bei einer totkranken Wirtschaft — und totkrank ist die deutsche Wirtschaft trotz mancher Scheinblüte schon lange — heißt es auf die Zähne beißen und sich bescheiden. Nicht nach Wünschen, nicht einmal nach dem aus den Indexzahlen errechneten Existenzminimum werden einzelne Industrie- und Gewerbezweige dauernd ihre Löhne zahlen können, sondern lediglich nach ihrer Rentabilität. An diesen Sachen ändern auch alle Beschlüsse der Spitzengewerkschaften nichts, selbst wenn sie an und für sich berechtigten Wünschen entgegenkommen. Daß bisher hohe Papierlöhne bezahlt werden konnten, war lediglich durch fortgesetzt steigende Anspannung der Notenpresse möglich, wodurch vor allem der kleine und mittlere Besitz zerrann, der Mittelstand und Kleinrentner verkam, aber auch die Ersparnisse und der Notpfennig der Arbeiter zum Teufel ging.

Doch noch Schlimmeres geschah: Gedrängt von den Gewerkschaften aller Farben und gewerkschaftlich eingestellten Regierungsmännern, ließ sich das Unternehmertum gegen bessere Einsicht herbei, Teile seiner Substanz, — z. B. in Gestalt der Verwässerung des Industriekapitals — um den ständig zahlenmäßig wachsenden Ansprüchen der Arbeitnehmer voll zu genügen, in Lohnzahlungen umzusetzen, und heute soll gar die Sachwerterfassung zur Befriedigung eines nimmersatten Gegners der gar nicht befriedigt sein will, in die Tat umgesetzt werden, und das auf Fordern und unter Beifall weitester Kreise der Arbeitnehmer und ihrer — Führer! O grausame Ironie! Abgesehen davon, daß ein Sachwert nur wirklicher Wert ist, wenn er Verkaufswert behält, oder Werte schafft — stillstehende Fabriken z. B. werden fast wertlos, halb arbeitende wertgemindert — bedeutet doch die Unterhöhlung der Substanz und das Verschleudern der Sachwerte die weitere Zersetzung der deutschen Wirtschaft bis zum endgültigen Ruin, d. h. unter Drängen und Zustimmung des Arbeitnehmers soll der Ast abgesägt werden, auf dem auch er mit Frau und Kind selbst sitzt.

Gibt es eine grauenvollere Verzerrung wirtschaftlichen Denkens? Ein größeres Verkennen von Tatsachen? — Aber es geht ja gegen Kapital und Unternehmertum — und viele fahren Auto! So die Logik! — In Wirklichkeit geht es um Dein Schicksal, deutscher Arbeiter! Laß die Industriesubstanz verschleudern, erschüttere weiter die deutsche Wirtschaft! Dir wird nicht geholfen sein! — Du hast Dir ja selbst zur Freude Deiner wirklichen Feinde den Brotkorb zertrümmert, und grauer Hunger wird Dich und die Deinen nur zu bald von der Unseligkeit solchen Tuns überzeugen. Daran ändert auch nichts, daß selbst manche Unternehmer heute in diesen Fragen noch nicht die richtige Stellung gefunden haben. Nicht für morgen und übermorgen heißt es denken, sondern für Jahre und Jahrzehnte. Hier sollten die Arbeiterführer ihre Pflicht tun und sorgen, daß die Geführten ihr dauerndes und wirkliches Interesse richtig verstehen lernen und nicht wie Kinder, nur der nächsten Stunde leben. Es ist doch einfach zu begreifen: Gedeiht die deutsche Wirtschaft als Ganzes, dann wird sie auch bessere Löhne bezahlen können. Der Lohn wird automatisch wertbeständig, ja bei dauernd guter Entwicklung wieder Goldlohn. Wohlverstanden nur dann! Darum müssen wir alles vermeiden, gerade im Interesse des Arbeitnehmers, was, großzügig gesehen, die Wirtschaft schädigt. Einseitige Frontstellung gegen Unternehmertum und Arbeitgeber schädigt aber das kranke Ganze mehr und mehr.

Hierzu kommt, daß, nachdem unsere Macht vernichtet, der Franzose nach völliger Niedertrampelung der verkrüppelten deutschen Wirtschaft strebt. Siegerübermut, Habgier, Angst, Sadismus, Irrsinn! Hier hilft nichts, den Kopf in den Sand zu stecken! Hannibal ante Portas! Der Franzose an der Ruhr! General Castelnau hat im „Echo de Paris" klar ausgesprochen, daß Deutschland, nachdem es militärisch und politisch entmannt, nun auch wirtschaftlich entmannt werden soll. Gelingt dieser Anschlag, und es fehlt nicht mehr viel dazu, was wird dann aus dem deutschen Arbeiter? Hierüber kann nur ein Unaufrichtiger im Unklaren sein. — Gerade diese ungeheuerliche Einstellung der Franzosen seit dem „Friedensschluß", vor allem seit der Aera Poincare zeigt jedem, der nicht blind sein will, wie unlösbar die Geschicke der deutschen Wirtschaft mit den Geschicken Deutschlands verknüpft sind, und damit auch das Wohlergehen des deutschen Arbeiters mit dem festen und unantastbaren Bestand des Reiches. Um Deutschland vor dem Untergang, die deutsche Wirtschaft vor gänzlichem Verfall, den deutschen Arbeiter vor Verelendung zu retten, hilft nur Einmütigkeit aller Deutschen und entschlossene Abwehr gallischen Frevelmutes mit den Waffen, die uns blieben.

Sorge deutscher Arbeiter an Deiner Stelle, daß unsere Abwehr an Rhein uns Ruhr nicht zusammenbricht; jage nicht wahrheitsfremden Träumern nach, setze Dich ein für Arbeitsfrieden und Verständigung aller Stände und Volksschichten. So arbeitest Du, deutscher Arbeiter, an der Erhaltung und Festigung der deutschen Wirtschaft und damit an Deiner eigenen Rettung! Hier, nur liegt der Weg, der mit Sicherheit zu dauernd wertbeständigen Löhnen, der uns auch wieder zu Goldlöhnen führen wird.

Zur Kriegsschuldfrage.

Einen „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" hat Graf Montgelas, einer der gründlichsten Kenner dieses weitschichtigen Stoffes, im Verlag von Walter de Gruyter u. Co. Berlin und Leipzig, herausgegeben. Das Buch hält, was es verspricht. Es ist tatsächlich ein Leitfaden, an dessen Hand man sich in der verwirrend großen Literatur und Dokumentenfülle über die Kriegsschuldfrage zurechtfindet. Der Verfasser geht von der Versailler These aus, wonach Deutschland für den Ausbruch des Weltkrieges vom Jahre 1907—1914, verantwortlich sein soll, wobei er alle erforderlichen diplomatischen Aktenstücke heranzieht und auszugsweise wiedergibt. Ebenso ausführlich behandelt er im dritten und vierten Teil seines Buches die Krise und ihre Einzelheiten. Das Ergebnis seiner Untersuchungen faßt er in 17 Thesen zusammen. Danach hat Deutschland weder in Europa noch anderswo ein nur durch Krieg zu erreichendes politisches Ziel verfolgt, es hat deshalb auch die günstigsten Gelegenheiten zu einem Präventivkriege nicht benutzt. Am 5. Juli 1914 wurde in Potsdam nicht der Weltkrieg beschlossen, sondern nur die deutsche Zustimmung zu einem Kriege Oesterreichs gegen Serbien erteilt. Nach dem Bekanntwerden der serbischen Antwortnote wollte Deutschland auch den Krieg gegen Serbien nicht mehr, sondern nur eine sehr eng umgrenzte militärische Aktion, deren Berechtigung auch in London anerkannt wurde. Während die deutsche Regierung in Wien zur Mäßigung rief, kann das gleiche von Frankreich und England für Petersburg nicht gesagt werden. Frankreich hat sogar Rußland listige Ratschläge erteilt, wie es seine Mobilmachung insgeheim betreiben könne, ohne Deutschland zu rechtzeitigen Gegenmaßnahmen herauszufordern. Dabei waren sich die führenden Männer in Paris darüber klar, daß die russische Mobilmachung unfehlbar den Krieg nach sich ziehen müßte. Rußland war die erste Macht, die zu einer allgemeinen Mobilmachung geschritten ist. Frankreich war die erste Macht, die den Entschluß zum europäischen Kriege einer andern Macht amtlich mitgeteilt hat. Die frühzeitige deutsche Kriegserklärung an Rußland war ein erklärlicher politischer Fehler, die an Frankreich ein rein formaler Akt; aber keine dieser deutschen Kriegserklärungen waren das entscheidende Ereignis. England hat Deutschland den Krieg erklärt, weil es durch das Marineabkommen mit Frankreich von 1912 gezwungen war, aus seiner Neutralität herauszutreten, bevor die Belgiens verletzt war. Das größere diplomatische Geschick war während der Krise auf der Seite der Entente. So gelang es auch Frankreich, in London die Vorbedingungen zu schaffen, die Benckendorff schon Ende 1912 als nötig für ein Eingreifen Englands bezeichnet hatte: es erzeugte in London den Eindruck, daß „die Verantwortung für den Angriff auf die Gegner der Entente falle."

Verschiedenes.

)(**Pforzheim**, 13. Sept. (Unfall.) Der Sohn des Malermeisters Kühn stieß mit seinem Fahrrad mit einem Kraftwagen zusammen. Er wurde so schwer verletzt, daß er starb.

t **Freiburg**, 13. Septbr. (Selbst gerichtet.) Wie aus München gemeldet wird, hat der wegen Mordes verhaftete 41-jährige Schneider Ludwig Freismidl in seiner Zelle Selbstmord begangen, indem er sich aus seiner Unterkleidung einen Strick anfertigte und sich damit am Beleuchtungskörper erhängte. Seine Geliebte wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

⊙ **Badenweiler**, 11. Sept. (Geizig.) Eine Ausländerin die in einer hiesigen Pension wohnte, verlor vor einigen Tagen einen 100-Frankenschein. Ein Dienstmädchen, das den begehrten Schein fand und der Verliererin überbrachte, erhielt eine Belohnung von sage und schreibe 2 Mark.

p **Lörrach**, 13. Septbr. (Eine neue Krankheit.) Ein netter Patient ist entschieden derjenige, der letzter Tage im Wartezimmer eines hiesigen Arztes die elektrischen Birnen mitnahm. So einem perfiden Lumpen einen Liter Rizinusöl einzugießen müßte in diesem Falle ein Vergnügen und klassischer Ausgleich sein.

t **Lörrach**, 13. Sept. (Ein schwerer Bootsunfall) hat sich auf dem Rhein bei der Hüninger Schiffbrücke ereignet. Zwei junge Leute aus Lörrach fuhren mit ihrem Boot in schneller Fahrt auf einen Eisenpfeiler und das Boot zerschellte. Einer der jungen Leute, Walter Nardin-Ernst, verschwand sofort in den Fluten und ertrank, während der andere sich retten konnte.

t **Säckingen**, 13. Sept. (Durch Feuer) ist ein großer Teil der Stiftsmühle zerstört worden. Das Feuer hat den oberen Teil des stattlichen Anwesens mit seinen langgestreckten Baulichkeiten vernichtet. Der Viehbestand und ein Teil der Frucht- und Mehlvorräte, sowie des Mobilars konnten gerettet werden. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde die Frau des Stiftsmüllers Dietsche jung verhaftet. Vor einer Woche war auch der junge Stiftsmüller in Haft gewesen. Ein Vergiftungsversuch an seiner Ehefrau soll die Ursache gewesen sein. Positives konnte aber nicht nachgewiesen werden.

b **Zell i. W.**, 13. Sept. (Starkstromtötung.) Der Gipser Ludwig Kummerer kam bei Verputzarbeiten mit der Starkstromleitung in Berührung, stürzte in einen Kanal und war sofort tot. Die Starkstromleitung war zu Beginn der Arbeiten ausgeschaltet gewesen, aber wahrscheinlich aus Unachtsamkeit wieder eingeschaltet worden. (Das ist innerhalb weniger Tage der dritte Fall, daß infolge Berührens der Starkstromleitung Menschenleben zu Schaden gekommen sind.)

Unruhen in Winnenden.

Winnenden, 12. Sept. Die starken Steuerleistungen der Landwirtschaft haben die Bauern des Bezirks in Aufregung gebracht, die sich noch steigerte, als letzter Tage auf der Fruchtschranne Beamte des Wucheramts erschienen. Zu offenem Aufstand kam es aber heute früh, als auf dem stark besuchten Viehmarkt das Marktgericht einschritt. Die Bauern hinderten die Beamten an der Ausübung des Gerichts und belagerten das Rathaus, vor dem es zu lebhaften Tumulten kam. Als die Bauern in das Rathaus gewaltsam eindringen wollten und auch eine Türe zur Polizeiwache einschlugen, wurde die Polizeiwehr in Stuttgart um Hilfe angerufen. In zwei Lastautos rückten etwa 30 Mann von Stuttgart ab, die in den Mittagsstunden in Winnenden eintrafen und das Rathaus und die Straßen besetzten. Die Stadt ist jetzt wieder ruhig; einer der Haupträdelsführer ist verhaftet.

~ **München**, 13. Sept. (Eine Milliarde Finderlohn.) Dieser Tage wurde ein Platinanhänger mit großer Perle und zwei großen Diamanten verloren. Der ehrliche Finder, ein Studienprofessor, lieferte das kostbare Schmuckstück dem Besitzer aus und erhielt dafür als Belohnung eine Milliarde Mark.

∾ **Berlin**, 13. Sept. (Familiendrama.) Polizeibeamte, die auf Schüsse aus der Wohnung des Schuldieners Jul. Könn in diese eindrang, fanden den Schuldiener schwerverletzt und die Frau tot vor. Könn konnte noch angeben, daß sein Schwiegersohn ihn und seine Frau durch mehrere Schüsse niedergestreckt habe. Man fand diesen in seiner Wohnung durch Selbst-

---

Quintaner haben einen feinen Instinkt für die Schwächen ihrers Lehrers, und sie hatten auch bald herausgefunden, daß sie durch Ritters Vermittelung alles erreichen konnten, was sie wollten. So fand Max eines Morgens im Ausgang des Mai folgenden Vers an der Tafel angeschrieben:

„Die Luft ist blau, das Wetter ist schön,
Herr Doktor, wir wollen spazieren gehn."

Es war die übliche Form, in der die Schüler ihrem Ordinarius die Bitte um einen Klassen-Spaziergang zur Kenntnis brachten. Einer solchen Bitte durfte der Ordinarius in jedem Sommer-Quartal einmal entsprechen. Das zweitemal mußte der Spaziergang den Charakter einer wissenschaftlichen Exkursion tragen, sonst wurde des Direktors Genehmigung versagt. Da die Bitte jetzt zum erstenmale an Max gelangte, so sah er keinen Grund ein, sich zu weigern, und er fragte dann ob jemand einen Vorschlag über das Ziel der Wanderung zu machen hätte.

Da stand Eddi Ritter auf und erklärte, sie hätten sich dahin geeinigt, nach dem Kloster Wolfgang zu gehen.

Max wollte in der ersten Empfindung schroff ablehnen, aber wie konnte er sich dem Wunsche seiner Schüler widersetzen? Was hätte er für einen Grund angeben sollen?

Die Ruinen des alten Klosters zogen jugendliche Gemüter unwiderstehlich an. Die wunderbaren Waldungen mit ihren herrlichen Wiesenblößen waren trefflich geeignet zu Spielen, und das in der Nähe gelegene Dorf bot auch die Möglichkeit, in einer Gartenwirtschaft das Verlangen nach Speise und Trank zu befriedigen.

„Gut," sagte er daher, „ich werde in der Pause mit dem Herrn Direktor sprechen, und da wir ja heute um elf Uhr frei haben, können wir um ein Uhr abmarschieren."

Jetzt hob Eddi Ritter wieder den Finger.

„Nun, was ist noch?"

„Herr Doktor, wir möchten bitten, daß Sie uns etwas über das Kloster erzählen."

„Ach, ihr wollt um die lateinische Grammatik herum kommen. Heute nachmittag auf dem Spaziergang, bei der ersten Rast oder bei den Ruinen will ich euch sehr gerne über die Geschichte des Klosters berichten, aber in der Stunde nicht, und das sage ich euch gleich, finde ich einen schlecht vorbereitet, so bleiben wir zu Hause."

Die Schüler wußten, daß sie ihrem Lehrer mit einer Bitte nicht kommen durften, wenn nicht alles sonst klappte, und Max fand daher auch keinen Grund zum Tadel. In der Pause trug er dem Direktor den Wunsch der Quinta vor.

Der freundliche Mann gab sogleich die Erlaubnis und fuhr dann fort:

„Wissen Sie was, ich werde mit meinen zehn Primanern zu Ihnen stoßen. Sie gehen ja doch mit den Kleinen langsam, und wir machen vorher einen tüchtigen Fußmarsch und finden uns dann bei den Ruinen zusammen. Einverstanden?"

„Sie haben nur zu verfügen, Herr Direktor."

„Nein, gar nicht, wenn Sie mit Ihren Kleinen allein sein wollen . . . ."

„Aber im Gegenteil. Ich brauche Ihnen doch nicht zu sagen, wie sehr mich die Nähe des Meisters unser aller anregt, nur muß ich mich dann für meinen Vortrag über die Geschichte des Klosters gut präparieren, denn wenn die Primaner zuhören und mein Direktor . . . ."

„Lieber Kollege, ich bin Laie, mein Gebiet ist, wie Sie wissen, das klassische Altertum, und die Geschichte des Klosters liegt ja wohl im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert."

„Ganz recht."

Der alte Gerhard läutete eben die Glocke und Max trennte sich von seinem Chef, ließ die wilde stürmische Jugend an sich vorüberbrausen und trat dann wieder in seine Klasse.

„Der Herr Direktor hat die Erlaubnis zu unserm Spaziergang gegeben, wir werden sogar die Freude haben, ihn mit den Primanern gleichfalls beim Kloster zu treffen. Ich mache daher schon vorher darauf aufmerksam, daß ihr ein recht gesittetes und tadelloses Benehmen zur Schau tragt, wie es sich für Schüler unter den Augen ihrer Lehrer geziemt."

Die Stunde ging vorüber ohne jede Störung. Alle spannten ihre Kraft aufs höchste an, weil sie ihrem jungen Lehrer für die erwiesene Wohltat eine Freude bereiten wollten, und sie wußten, daß dies nicht anders geschehen konnte, als durch Fleiß, Aufmerksamkeit und Gehorsam.

Punkt ein Uhr sammelte sich die Schar der Kleinen mit ihren bunten Mützen, den Botaniesiertrommeln am grünen Band um die Schulter, Spazierstöcken in der Hand, einige mit Schmetterlingsnetzen, andere mit Pflanzenpressen, alle in der leichten luftigen Kleidung des Sommers und harrten auf die Ankunft ihres Lehrers.

Dann setzte man sich in Marsch.

Eine Viertelstunde wohl ging es auf einer staubigen Chaussee vorwärts. Man überschritt die Kinzig auf der roten Steinbrücke, die das höchste Glück und das tiefste Unglück von Max gesehen hatte. Darnach verließ die kleine Schar die Landstraße und bog am Ufer des eilig dahinschießenden Flusses in den Wald ein. Max kannte hier jeden Baum und Strauch, Hochwald nach dem Bestimmungsort. Sie folgten einem schmalen und so führte er seine Schüler sicher durch den herrlichen Pfad in tiefem Schatten unvergleichlich hoher und schöner Buchen.

Der leise Erdgeruch des Waldes legte sich wohltuend auf Maxens Nerven und seine kleine Gesellschaft stürmte lustig hin und her, bald zur Seite sich nach Blumen bückend, bald einem Schmetterling nachjagend, bald einen seltenen Stein vom Boden aufhebend und dem Lehrer zur Begutachtung überbringend.

Plötzlich schimmerte durch den Wald ein eigentümlich grünes Licht, die Bäume wurden seltener, der Schatten wich, und nach Verlauf einer Viertelstunde trat die Quinta auf eine Lichtung, die dicht mit Unterholz bewachsen war.

Die Sonne lag in strahlendem Glanz auf den niedrigen Blumensträuchern, den Gräsern mit den hohen Königskerzen, die ihre gelben Blüten in dem flutenden Sonnenschein badeten. Hei, wie die Jungen in das Gestrüpp stürzten, wie Wiesel krochen sie zwischen den Sträuchern hin, wie Böckchen sprangen sie über die Gräser weg und tauchten bald ganz in den grünen Wogen unter. Sie jagten Eidechsen nach, tobten hinter glasflügligen Libellen her, indes Max in tiefen Gedanken den Pfad nach dem Kloster nach dem Orte seiner Geburt weiter verfolgte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

tötung verschieden vor. Es soll vor der Tat zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Schwiegersohn und Schwiegereltern gekommen sein.

Ein grober Unfug. Im Eisenbahnzuge von Stuttgart nach Eßlingen wurden am Mittwoch abend massenweise echte 1000-Markscheine verteilt, die auf der Rückseite folgende gedruckte Aufschrift zeigten: „P. P. Beehren uns, unserer geehrten Kundschaft mitzuteilen, daß wir die durch Liquidation erledigte Firma Cuno G. m. b. H. mit dem heutigen Tage übernommen haben. Wir führen die Firma weiter unter dem Namen Hilferding und Stresemann, Altpapier- und Lumpenhandlung und bitten das unserem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch uns entgegenzubringen. Zeichnen ergebenst Hilferding und Stresemann." — Was das auch sein soll, ein „Witz" oder politische Propaganda, jedenfalls ist es ein grober Unfug, der keines Kommentars bedarf. Dieselben läppischen Tausend-Markscheine werden, wie der „Schwäb. Tagwacht" zu entnehmen ist, auch in einer Reihe von Betrieben verkauft. Die „Tagwacht" berichtet das weiter unter dem Stichwort „Wie Gesindel Politik macht" und bemerkt mit Recht dazu, daß die Leute, die solche Dinger verbreiten, sich selbst richten.

Wie notwendig die Zeitung ist, besonders auch für Landwirte, beweist folgendes, von der bayerischen Regierung berichtetes Vorkommnis: Vom Landauer Finanzamt mußte gegen eine Reihe von Arbeitgebern, vor allem Landwirte, mit Geldstrafen vorgegangen werden, weil sie den Steuerabzug vom Lohn ihrer Arbeitnehmer, nicht richtig vorgenommen hatten. Die so Betroffenen gaben an, daß sie keine Zeitung lesen und die Bekanntmachung nicht gekannt hätten. Diese Ausrede galt selbstverständlich nicht. — So mancher mußte ein Vielfaches des Zeitungspreises an Strafe bezahlen!

Es ist nicht alles Gold, was glänzt. In ein Schuhgeschäft im südlichen Stadtteil von Köln kam in diesen Tagen ein „kleiner Mann", zog fünf Goldstücke zu je 20 Mark aus der Tasche, mit der Bemerkung, er wolle seine umfangreichen Goldvorräte abstoßen (!) und sich dafür Ware eindecken. Der Geschäftsinhaber schleifte das Eleganteste, was er an Stiefeln hatte, vor die Füße des kleinen Mannes und machte sich auch gar keine Gedanken darüber, daß er den reichen Käufer sonst nur als einen armen, bescheidenen Menschen kannte. Man war bald handelseinig, und nachdem der Käufer mit seinen Stiefeln abgezogen war, eilte der Ladeninhaber zu seiner Frau, um ihr freudestrahlend die Goldfüchse zu zeigen. Aber die Frau war mit etwas mehr Mißtrauen begabt, als ihr Gatte; die Goldstücke kamen ihr zu leicht vor, um echt zu sein. Und siehe da, von dem zu Rate gezogenen Goldschmied wurden sie „gewogen und zu leicht befunden." Es handelte sich um vergoldete Falschmünzen. Die benachrichtigte Kriminalpolizei nahm sich des kleinen Mannes mit besonderer Liebe an und förderte bei einer Haussuchung noch eine größere Menge derartiger gefälschter Goldstücke zutage.

Die Kartoffelversorgung in der Pfalz. Um die Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen hat die pfälzische Kreisregierung 100 Waggons Kartoffeln für die Pfalz gesichert. Die Kartoffeln sind fest gekauft. Ein Teil ist bereits eingetroffen. Die Kartoffeln werden zu angemessenen Preisen in den Städten und in den bedürftigen ländlichen Industriegemeinden an die Bevölkerung abgegeben. Auch in der Fettversorgung hat die Regierung mit Hilfsmaßnahmen eingegriffen. Künftig ist eine planmäßige Hilfsversorgung der brotmarkenberechtigten Bevölkerung mit Fett durchgeführt worden. Durch besondere Maßnahmen kann der Preis des zur Ausgabe gelangenden Fettes verhältnismäßig niedrig gehalten werden. Auch mit Käse soll die Pfalz versorgt werden.

Das gefesselte Mädchen. In einem Dorfe in der Nähe von Raab bemerkten Gendarmen, daß ein 25 Jahre altes Mädchen namens Czoka auf der Gasse in Ketten ging. Das Mädchen trug an den Füßen eine Eisenkette mit einem Schloß, die so angebracht war, daß sie nur kurze Schritte machen konnte. Die Gendarmen verhörten das Mädchen, und es sagte aus, sein Vater habe ihm die Fesseln angelegt, die es seit 16 Monaten trage. Der Vater erklärte beim Verhör, daß er zu den Fesseln als letztes Mittel gegriffen habe, weil das Mädchen aus dem Hause geflüchtet und sich durch Diebstähle erhalten habe. Er habe immer für die Schäden aufkommen müssen und sich nicht anders zu helfen gewußt, als seiner Tochter auf solche Weise die Bewegungsfreiheit zu nehmen.

Deutsche Mädchen reist nicht in die französische Schweiz. Von maßgebender Seite wird dem Deutschen Ausland-Institut mitgeteilt, daß deutsche Mädchen in der Schweiz, besonders in dem französischen Teil, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ganz abgesehen davon, daß die Aufenthaltsbewilligung sehr schwer erteilt wird, sind auch die Gehälter trotz der verlockenden Schweizer Franken durchaus nicht glänzend. Häufig kamen Mädchen, die erkranken oder ihre Stellung verloren, in großes Elend und mußten schließlich auf Staatskosten heimbefördert werden. In der französischen Schweiz werden Mädchen oft in rücksichtslosester Weise ausgenützt und beschimpft. Selbst die Erlernung der französischen Sprache, die ohne Vorkenntnisse schwer zu erreichen ist, wiegt die großen Nachteile, denen sich die Mädchen aussetzen, nicht auf.

Wenn man einen Prozeß führt... Unsere schönen Geldbilderbogen sind nicht mehr viel wert. Man muß schon eine ganze Brieftasche davon haben, besonders, wenn man größere Summen bezahlen will. Durch die großen Schwankungen auf dem Geldmarkt sind viele gewitzt worden, sie lassen sich in „Sachwerten", in Substanz, in Naturalien, bezahlen. Eine solche „Naturalien"-Liste flattert uns zufällig auf den Redaktionstisch. Ein auswärtiger Rechtsanwalt erhielt anstelle der Gebühren, die 10 Millionen Mark betrugen, und um sich nach den Bemühungen stärken zu können, folgende „Naturalien": 1 Anfeuchter in Aluminium, 50 Zigarren, 50 Zigaretten, 100 Zigarillos, 1 Paket Zichorie, 1 Schachtel Kavalierschuhcreme, 1 Päckchen Pfeffer, 1 Paket Zwieback, 1 Paket Kekse, 1 Ei, 1 Peitsche, ein Paket Dixin und einen Nähriemen. — Es bliebe nur noch übrig, die symbolischen Beziehungen zwischen Zichorienkaffee und Zigarren oder zwischen Kavalierschuhcreme und Pfeffer, oder gar zwischen Peitschen, Nähriemen und Prozeßkosten im einzelnen auszumalen. — Wenn zwei sich streiten, freut sich halt immer der Dritte!

Walfisch-Angriff auf ein Schiff. Der englische Walfischdampfer „Brown" ist in schwer beschädigtem Zustande nach dem kanadischen Hafen Victoria gekommen, wo er auf Trockendock gelegt werden mußte. Das Schiff, das 102 Tonnen hat, wurde von einem riesigen Potwal angegriffen, etwa 60 Kilometer westlich von der Vancouver-Insel. Das gewaltige Tier war von einer Harpune getroffen worden, hatte getaucht und war dann plötzlich ganz nahe bei dem Schiff an die Oberfläche gekommen, worauf es mit voller Wucht gegen den Schiffskörper anrannte. Dadurch wurde die Schraube schwer beschädigt und das Schiff kam mit Mühe und Not in den Hafen.

Der „vergessene" Handschuh. In Salem im Staate Oregon (Nordamerika) wurde ein Mann wegen eines Krebsleidens operiert. Die Aerzte waren sehr erstaunt, als sie im Innern seines Leibes einen gut erhaltenen — Gummihandschuh fanden, den ein anderer Arzt bei einer Operation in San Francisko vor zwei Jahren „vergessen" hatte.

Ein Eisenbahnzug in den Fluß gestürzt. Wie aus Warschau gemeldet wird, ereignete sich auf der Eisenbahnlinie Lida-Mosty, unweit der Station Roszianka, ein schweres Unglück, indem der Personenzug Wilna-Warschau bei einer Krümmung infolge Schienenbruchs entgleiste und in den nebenherlaufenden Fluß stürzte. Etwa 50 Personen wurden getötet, über 100 verwundet. Die Verunglückten sind meist Polen und Litauer, die im Begriff standen, nach Amerika auszuwandern.

American Line

Gegründet 1871

Regelmäßiger Passagierdampferdienst

mittelst Doppelschrauben- und Dreischraubendampfer

Hamburg-New York

„Manchuria" . . . . . 22. Sept.
„Finland" . . . . 29. Sept.
„Mongolia" . . . . . . 6. Okt.
„Minnekahda" . . . . 13. Okt.
„Manchuria" . . . . . 27. Okt.

White Star Line

Bremen-New York

„Canopic" . . . . . . 28. Sept.
„Pittsburgh" . . . . . 16. Okt.
„Canopic" . . . . . . 6. Nov.

Hervorragende Einrichtung der Kajüte und 3. Klasse.
Vorzügliche Verpflegung.

Auskunft erteilt die Passage-Abteilung der

White Star Line
American Line
Alsterdamm 39 Hamburg

oder deren Vertreter in **Heidelberg:**

Hermann Rettig & Co.

Bureau: Hauptstr. 77 im Hotel Wagner.
Telegr.-Adr. Ponte. Telefon 2206.

in **Sinsheim a. Els.:**

Abraham Seligmann

Neben dem Rathaus.

Der richtige Weg

Persil

so zu verwenden, wie es den größten Nutzen bringt!

Richte Dich nach folgender Vorschrift, sie ist einfach und bringt Gewinn:

1. Löse Persil in **kaltem** Wasser auf, nicht in warmem; dadurch sicherst Du Dir die größte Ergiebigkeit. **Ein** Paket schon ergibt 2½—3 Eimer schönster Lauge.
2. Lege die Wäsche in die bereitete **kalte** Lauge und bringe sie unter gelegentlichem Umrühren langsam zum Kochen. Eine Viertelstunde **Kochenlassen** genügt.
3. Spüle gut, zuerst in warmem, danach in kaltem Wasser, bis dieses ganz klar bleibt.

Das ist alles!

Der Erfolg zeigt sich in duftig frischer Wäsche von blendender Reinheit. Du brauchst bei dieser Behandlung keinerlei Zusätze von Seife und Seifenpulver, brauchst nicht zweimal zu kochen und Deine Wäsche nicht auf dem Waschbrett zu reiben

So sparst Du Kohle, Zeit und Geld und schonst die Wäsche!

Ein wirtschaftlicheres Waschen gibt es nicht!

Mach die Probe! Du allein hast den Nutzen davon!

Eine erhebliche Erleichterung bei jedem Waschen bringt das vorherige Einweichen in **Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda**; es wirkt schmutzlösend und verkürzt die nachfolgende Behandlung

Achtung!

„Lanz"-Centrifugen

liefert preiswert

Herm. Reichensperger

Vertretungen

Mannheim, Eichelsheimerstr. 49.

Kopfläuse mit Brut

vernichtet verblüffend

Goldgeist

doppelstark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien

Niederl.: **Dr. K. Kieffer, Apotheke.**

An unsere verehrl. Inserenten!

Die unaufhaltsam fortschreitende Markentwertung hat eine in unglaublicher Weise sich überstürzende Steigerung aller Herstellungskosten gebracht. Um die gewaltigen Ausgaben für Löhne, Papier und Material rechtzeitig bestreiten zu können, sind wir auf rascheren Eingang flüssiger Zahlungsmittel unbedingt angewiesen und dadurch genötigt,

Anzeigen nur noch gegen Barzahlung

entgegenzunehmen, genau so wie in jedem anderen Geschäft die Ware bei Empfangnahme sofort zu bezahlen ist. Nachträgliche Rechnungsstellung verursacht stets höhere Unkosten (ein Rechnungs-Formular kostet z. B. allein 15000 Mark), dazu kommt noch der Zeitaufwand für Buchungen und des Inkassopersonals. Bei verspäteter Zahlung muß außerdem künftig der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis zur Anrechnung gebracht werden.

Die Tageszeitungen.

Gesundes Blut!

frisches Aussehen, allgemeines Wohlbefinden, verschafft eine Kur mit **Dr. Buflebs echt. Wachholder-Extrakt!** Die wohltuende Wirkung d. Wachhold.-Extraktes ist seit altersher bekannt und geschätzt. Zu haben bei:

A. Engel, Engel-Drogerie.

Druckarbeiten

jeglicher Art für Gewerbe, Handel und Behörden in saubersler Ausführung liefert in kürzester Zeit und zu mäßigen Preisen

G. Becker'sche Buchdruckerei Sinsheim

beim Bahnhof.

Schweine

mästet kolossal Freßpulver **„Sui".** Zu haben bei:

A. Engel, Engel-Drogerie.

Original „Gluto"

Hausbacköfen

Backofenherde

Räucher-Apparate, Schreineröfen, Metzgerkessel, Konditor-Backöfen, Waschkessel, Kochherde und Oefen fertigt als Spezialität

L. Boie, Heilbronn a. N.

Paulinenstraße 13—17.

Herd- und Ofenfabrik und Vernicklerei.

Glänzende Zeugnisse! Umtausch. Vertreter gesucht. Gelegenheits-Käufe.